

Nr. XIX. GP.-NR
8 /JPR
1995 -06- 2 2

ANFRAGE

der Abgeordneten Kiss
und Kollegen
an den Präsidenten des Nationalrates
betreffend Verankerung der grün-anarchistischen Szene im Grünen
Parlamentsklub

Der grüne Parlamentsklub beschäftigt seit einiger Zeit einen Mitarbeiter als sicherheitspolitischen Referenten, der bereits seit Jahren nicht nur Mitglied des Redaktionsteams der Zeitschrift für Antimilitarismus, sondern auch Anzeigen- und Vertriebschef der ZAM ist, die eng mit dem gewaltbereiten TATblatt zusammenarbeitet.

In einer anderen grün-alternativen Zeitschrift, an der der Mitarbeiter des grünen Parlamentsklubs ebenso jahrelang mitgewirkt hat, wurde unter anderem ein Artikel mit dem Titel: "Wenn der Strommast fällt" veröffentlicht (siehe Beilage). Dieser Artikel beweist, daß sich die grün-alternative Szene bereits seit Jahren mit der Möglichkeit der Zerstörung von Strommasten befaßt hat. Unter anderem wird in diesem Artikel Michail Bakunin zitiert, wonach "um eine radikale Revolution zu machen, man also die Stellungen und Dinge angreifen, das Eigentum und den Staat zerstören muß", weil man es dann nicht nötig haben werde, Menschen zu zerstören.

In dem oben angeführten Artikel werden detaillierte Anleitungen gegeben, wie man Strommasten am besten zerstört und wie die Flucht durchzuführen wäre. Außerdem würde nur der Stromkonzern unmittelbar geschädigt.

-2-

Angesichts dieser Umstände, die beweisen, daß im Rahmen der grün-alternativen Szene bereits seit Jahren die Zerstörung von Strommasten und Handlungsanleitungen dazu ein wichtiges Thema war, einer der Verantwortlichen für diese Veröffentlichungen nunmehr sicherheitspolitischer Referent im Grünen Klub ist und damit möglicherweise Zutrittsberechtigt für den vertraulichen ständigen Unterausschuß des Landesverteidigungs- bzw. Innenausschusses ist, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Präsidenten des Nationalrates folgende

ANFRAGE

1. Angesichts der Tatsache, daß der sicherheitspolitische Referent der Grünen im Parlament führender Mitarbeiter in grün-alternativen Zeitungen war und ist, die gegen die derzeitige Verfassung der Republik Österreich agieren und somit außerhalb des Verfassungsbogens stehen, haben Sie keine Bedenken dagegen, daß ein derartiger Proponent grün-alternativen, gegen den Staat gerichteten, Gedankenguts möglicherweise Zutritt zu vertraulichen Informationen im Rahmen des Parlaments erhält?
2. Wenn ja, was gedenken Sie zu unternehmen?
3. Wenn nein, warum nicht?

EDITORIAL

Im vorigen Herbst begannen wir im GW am Beispiel Wackersdorf die Gewaltfrage zu diskutieren. Mit den Ereignissen des 26. Feber rund um den Opernball hat dieses Thema auch in Österreich Aktualität bekommen.

Wir versuchten, das Geschehen ausführlich aufzuarbeiten, und darüber hinaus auch zur Entwicklung von "Vorwärtstrategien" anzuregen, die weg von blutigen Schlachten, hin zu erfolgreichen und gewaltfreien Widerstandsformen führen sollen. Dazu stellen wir einen Bericht eines "Sägefisches" über das Fällen von Strommasten zur Diskussion.

Zur grundlegenden Auseinandersetzung mit der Rolle der Polizei planen wir einen eigenen GW-Schwerpunkt für die übernächste Nummer. Dazu wird es in der Antimilitaristischen Gruppe Wien auch eine eigene Arbeitsgruppe geben. Ein Vorbesprechungstreffen findet am 5. Feber um 14.00 Uhr in der Schottengasse 3a/1/59 statt. Welche/wer mitmachen will, ist dazu herzlichst eingeladen.

Für den nächsten GW bereiten wir einen Schwerpunkt "Ökologie und Militarismus" vor. Der Redaktionsschluß dieser Nummer ist am 27. April.

Wir möchten euch auch wieder um Reaktionen bitten. Betelligt euch doch am GW und schreibt Artikel oder Leserbriefe. Oder kommt zur offenen Nachbesprechung dieser Nummer, die am 9. April im Rahmen des Rätinnenrates der Antimilitaristischen Gruppe Wien stattfinden wird.

Zur Erinnerung: Das Abo kostet S 100,- (Ausland: S 120,-); der Mitgliedsbeitrag beträgt S 250,- (für Nichterwerbstätige S 200,-) und die Kontonummer ist: BAWAG 10010-670-573 (ARGE ZD).

Wir brauchen die Gelder ganz dringend, weil wir den GW sonst einfach nicht mehr finanzieren können. Zahlt daher bitte im Voraus ein. Falls ihr noch kein Abo oder keine Mitgliedschaft habt, überlegt es euch doch bitte einmal.

In diesem Sinne:
Servus, pflegt euch, bis zur nächsten Nummer.

INHALTGewissenstäter

Haft und Begnadigung für
Tiroler Waffenverweigerer
Manfred Henn

Auf Dienst mit der Waffe
folgt Strafe

Die Totalverweigerung der
Grazers Peter Kranebitter

Im Namen der RepublikTHEMA OPERNBALL:Grüne TerroristenDas Chaos ist ...grünOb gewaltfrei oder militant
Hauptsache: Widerstand

Interview mit Robert Jung
über den Balkenkrawall

Wenn der Strommast fälltKurzmeldungenLuft zum Atmen

Rüstungskontrolle unter
Demokratisierung unter
Gorbatschow

BulgarienAIDS - ein ThemaSPORTWaffenproduktion m.b.H.

Die Gründung einer
österreichischen Waffen-
 Holding steht bevor

BuchMeinungenTermine und KontakteImpressum:

Herausgeberin und Verlegerin: Arbeitsgemeinschaft für Zivil-
Soziale Verteidigung und Gewaltfreiheit; 1010
Schottengasse 3a/1/4/59; Telefon: (0222) 63 80 653 * Redaktion ebenfalls
Herstellerin: HTU-Druck; 1040 Wien, Argentinierstraße 8
Redaktion: Christian Flicker, Gerhard Kettler, Günter W
Markus Kemmerling, Thomas Tobisch
Mitarbeiter/innen: Andreas Mader, Christian Mokricky, Christof Kurzi,
Ernst Chorgherr, Gerda Ehs, Heinz Hattinger, Otmar Cho
Peter Kranebitter, Peter Steyrer, Tristan Sindelgruber
Fotos von: Österreichische Bundestheater, Michael Kothe, Robert Ne
Thomas Vanorek und einem anonymen Freund
Lay Out: Christian Mokricky, Gustav Staufer
www.parlament.gv.at

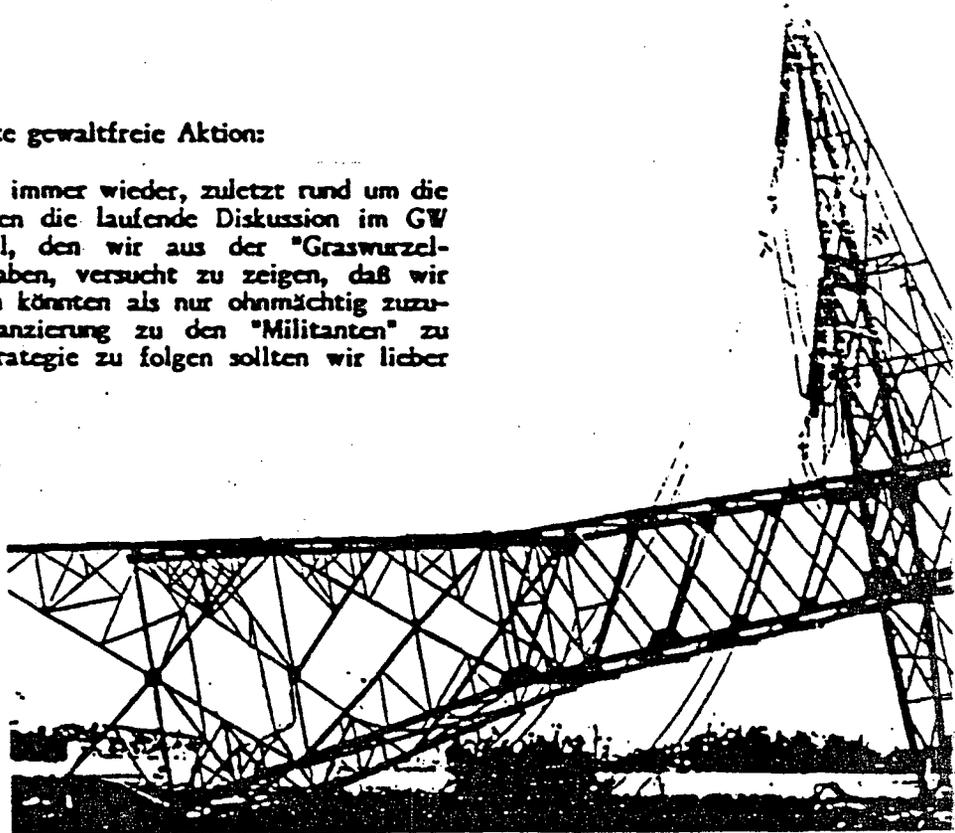
Wenn der Strommast fällt

Überlegungen zur Sabotage als direkte gewaltfreie Aktion:

Die Gewaltfrage stellte sich für uns immer wieder, zuletzt rund um die Ereignisse des Opernballs. Wir wollen die laufende Diskussion im GW weiterführen. Der folgende Artikel, den wir aus der "Graswurzelrevolution" Nr. 110 übernommen haben, versucht zu zeigen, daß wir "Gewaltfreien" mehr Antwort bieten könnten als nur ohnmächtig zuzuschauen oder uns mit einer Distanzierung zu den "Militanten" zu begnügen. Anstatt einer Spaltungsstrategie zu folgen sollten wir lieber eine konstruktive Diskussion führen.

"Um eine radikale Revolution zu machen, muß man also die Stellungen und Dinge angreifen, das Eigentum und den Staat zerstören, dann wird man nicht nötig haben, Menschen zu zerstören und sich zu der unfehlbaren, unvermeidlichen Reaktion zu verurteilen, die in jeder Gesellschaft das Massaker von Menschen stets herbeiführte und stets herbeiführen wird."

Michail Bakunin



Das Verhältnis von individuellem Risiko zum Nutzen

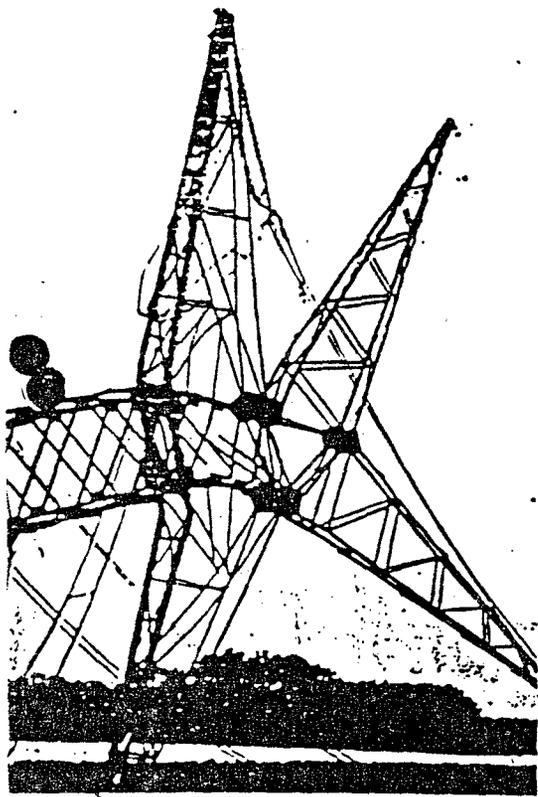
Zunächst einmal: ungefährlich ist die Sache nicht. Vor jeder leichtfertigen und überstürzten Handlung muß gewarnt werden. Die Vorbereitungszeit dauerte in meinem Fall über zwei Monate. Besonders wichtig ist es, die Stelle des Strommastes sorgfältig auszusuchen. Dabei sollte darauf geachtet werden, daß der Mast auf freiem Feld steht und zwischen den zwei jeweils anschließenden Masten keine Straßen sind. Es könnte sein, daß der fallende Mast einen oder mehrere weitere Masten umwirft oder so beschädigt, daß das darunterliegende Gebiet unter Spannung steht. In einem Fall fuhr später ein Auto in die Spannungskabel und es gab Verletzte. Solche Möglichkeiten sollten durch eine gute Auswahl des Ortes soweit wie möglich ausgeschlossen werden.

Desweiteren sind Fluchtwege voranzuplanen. Sie sind sehr wichtig,

weil die Stromkonzerne den Schadensstandort sofort lokalisieren können. Die Aktion kann mit gewöhnlichen Eisensägen durchgeführt werden. Anleitungen waren z. T. schon in der taz und verschiedenen Zeitschriften abgedruckt. Außerdem kursieren viele Beschreibungen und Sägeanleitungen von "Revolutionären Heimwerkern" in der Szene. Sie sollten vor der Aktion ausführlich diskutiert und miteinander verglichen werden, denn leider sind einige dieser Anleitungen mindestens ungenau, wenn nicht verantwortungslos. Sehr vorteilhaft wäre es auch, sich bei vertrauenswürdigen Leuten zu erkundigen, die etwas von Elektrizität verstehen. Ihr Rat gehört zu dieser Aktion wie der Rat des Rechtsanwalts zu anderen gewaltfreien Aktionen. Es sei auf einen Fall in Frankfurt hingewiesen, als sich eine Frau in noch nicht geklärtem Zusammenhang mit einer Sägeaktion schwere Verbrennungen zuzog. Schließlich empfiehlt sich trockener Boden, ebenso wie trockene Luft, kein Nebel. Für den Anfang muß mensch ja nicht gleich den allergrößten Masten heimlich. Mit diesen

Vorsichtsmaßnahmen kann das Risiko der Verletzung von Personen, vor allem natürlich der eigenen Person weitgehend minimiert werden - völlig ausgeschlossen werden kann es nicht, schon deshalb nicht, weil ein eventuelles Reißen der Kabel die Gefahren immens steigert. Zwar könnte dem entgegengehalten werden, daß auch bei anderen gewaltfreien Aktionen Verletzungen, ja der Tod von Menschen nur denkbar minimiert, aber nicht ausgeschlossen werden können. Schließlich brachte schon die Beteiligung an einer legalen Demonstration in Wackersdorf zwei Menschen den Tod durch Polizei und CS-Gas. Doch hier ist der Punkt, an dem jede/r Aktivist/in selbst Risiko und Nutzen von Sabotage individuell abwägen muß. Leider spricht dies nicht gerade für eine Massenperspektive solcher Aktionen.

Auf eine weitere, ähnlich gelagerte Problematik sei hingewiesen: während bei breiten Kampagnen Zivilen Ungehorsams das individuelle Risiko von Strafverfolgung, Knast und Repression kalkulierbar bleibt,



sorgt die hohe zu erwartende Strafe bei Festnahme nach einer Sabotageaktion dieser Art (über ein Jahr Knast ist ziemlich sicher) für ein weiteres Risiko: mensch darf sich unter keinen Umständen erwischen lassen. Daß bisher noch kein Sägelisch erwisch wurde, ist keine Garantie. Am ersten besten kann dafür ein Exempel statuiert werden. Über die individuelle Bereitschaft, dieses Risiko einzugehen, sollte vorher ausführlich in der Gruppe diskutiert werden. Manchmal steigen Leute erst dann aus, nachdem sie ganz persönlich ihr eigenes Risiko mit dem Nutzen abgewogen haben. Es wäre unverantwortlich, dies nicht für legitim zu halten - ebenso wie es unverantwortlich ist, diese Aktion als leicht und ungefährlich zu propagieren. Leider spricht auch dies gegen eine Massenspektive.

Absägen von Strommasten als direkte gewaltfreie Aktion

Weshalb habe ich mich aber nach Abwägung von Risiko und Nutzen doch entschieden, einen Masten zu fällen - zumal wenn ich, was ich für

sehr wichtig halte, jegliche Art von Heldenmythos ablehne? Die Antwort hat sehr viel mit Inhalten zu tun, die ich persönlich mit der Aktion verbinde. Erstens hat die Anti-AKW-Bewegung nach den Zaunschlachten von Brokdorf und Wackersdorf an Pfingsten und im Juni letzten Jahres mehr oder weniger reflektiert unter anderem auch zu dezentralen Sägeaktionen gegriffen. Ich sehe das als eine Flucht nach vorn an. Während am Bauzaun die Polizei den Platz hält und verteidigt, provoziert und Aggressionen auf sich zieht, also agiert - hat die Bewegung wesentlich auf die Polizeibrutalität reagiert. Ich sehe in den Sägeaktionen zunächst den Versuch, wieder selbstbestimmt und dezentral, also für den Gegner unberechenbar zu agieren.

Zweitens sehe ich im Absägen von Strommasten die direkte praktische Umsetzung meiner Gesellschaftskritik: Geschädigt wird unmittelbar der Atomstromkonzern, den ich durch Giroblau und StroBo so gerne treffen würde, es ohne eine gewaltfrei-libertäre Massenbewegung aber nur in Ansätzen kann. Zudem störe ich durch die Aktion das zentralisierte Hochspannungsnetz selbst und äußere dadurch auch praktisch meine Kritik an solchen (teilweisen auch grünen) Ausstiegsszenarien, die bloß auf eine Verstaatlichung der von monopolistischen Stromkonzernen kontrollierten Hochspannungsmasten hinauslaufen. Ob monopolistisch oder verstaatlicht - ich bekämpfe jede Art von zentralisierter Energieversorgung, die dezentralisierter, kommunalisierter Energieproduktion auf niedrigem Niveau entgegensteht.

Drittens gefällt mir der handwerkliche Charakter der Aktion. Und zwar deshalb, weil ich durch diese Aktion auch das Industriesystem an sich kritisieren will, das Techniken wie z.B. die Atomtechnik produziert und hervorbringt, die rein zerstörerisch wirken und eben nicht auch positive, "friedliche" Eigenschaften und Nutzungsmöglichkeiten haben. Die Benutzung eines Handwerkzeugs wie der Säge bei der Aktion verdeutlicht, daß ich rein destruktive Technik (Sprengstoff, Molli, Brandsatz oder Bombe) abschaffen will. Die Säge als Handwerkzeug kann destruktiv und schöpferisch sein - sie kann zerstören und helfen, aufzubauen.

Viertens schließlich halte ich es für wichtig, diese Sabotageaktion

auch in weiterem Sinne als gewaltfreie Aktion zu begründen. In der Aktion zerstöre ich gerade Eigentum, Sachen, Dinge, die alle keine Gewalt erleiden können - also ist meine Aktion keine Gewalttat. Indem ich die Aktion gewaltfrei begründe, bestimme ich selbst, was ich unter Gewaltfreiheit zu verstehen habe und lasse mich nicht vom Staat in die Terrorismus-Ecke stellen. Hier eröffnet sich eine wichtige Auseinandersetzung um Begriffe. Ich will dem Staat nicht die Definitionsmacht über das Überlassen, was Gewalt ist und was nicht. Gerade deshalb müßte Sabotage als gewaltfreie Aktion offensiv in die Öffentlichkeit getragen werden. Solange die Saboteur/innen nur im Subversiven agieren, haben sie gegen die Öffentliche Definitionsmacht des Staates keine Chance. Das stillschweigende Einverständnis vieler Bürger/innen wird von den Sabotierenden einfach vorausgesetzt, ist aber durch nichts garantiert, weil nicht öffentlich diskutiert. Die Brücke zu einer öffentlichen Diskussion schlagen könnte das öffentliche Ausstellen von demontierten Strommastenschrauben, wie das von Hamburgergewaltfreien Aktionsgruppen praktiziert wird. Diese öffentliche Vermittlung halte ich für sehr wichtig, einerseits ist sie integraler Bestandteil aller gewaltfreien Aktionen, andererseits schützt Öffentlichkeit indirekt vor staatlicher Repression und Gleichsetzung mit Terrorismus.

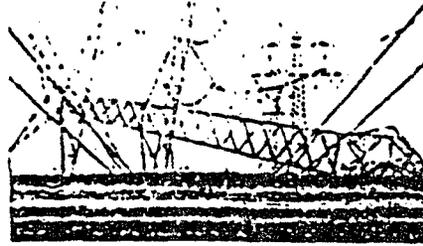
Allgemeines zu Sabotage und Gewaltfreiheit

"Die Zerstörung der 'falschen' Gegenstände muß zur Zerstörung des 'falschen' Bewußtseins führen. Wer Sachzerstörung oder -beschädigung vor allem am Ausmaß des herbeigeführten Schadens mißt, hat nur den Schatten des Widerstands erfaßt. Eine solche Sicht denkt in Kategorien militärischer Auseinandersetzung. In der Fähigkeit zu zerstören ist uns die Macht des Staates und des Kapitals jedoch allemal überlegen, denn diese Macht ist wesentlich auf menschen- und naturverachtende Gewalt aufgebaut. Sich auf die Ebene der militärischen Konfrontation zu begeben (d. h. darauf zu setzen, den Gegner durch Zuküngen möglichst großen Schadens zu besiegen), hieße die Niederlage vorzuprogrammieren. Die Gefahr ist groß, daß angesichts der drohenden Niederlage nach immer stärkeren Mitteln gerufen wird und die Ver-

setzung oder das Löten von Menschen nicht mehr ausgeschlossen bleiben."

Daß diese Einschätzung richtig ist, zeigt die Entwicklung der Revolutionären Zellen (RZ), die ursprünglich von vielen Autonomen wegen ihrer Sabotageaktionen und Anschläge geschätzt wurden oder noch werden. Die Schüsse auf den Berliner Ausländerpolizeichef Hollenberg mögen jetzt viele schockieren, sie lagen aber in der Logik der Entwicklung der RZ. Ihre Aktionen, auch wenn sie keine Menschen trafen, wurden oft mit Waffen durchgeführt (Sprengsätze), waren meist auf hohen materiellen Schaden aus und wurden antiimperialistisch und eben nicht libertär-gewaltfrei begründet. Überhaupt ist der Begriff "Anschlag" problematisch: Anschläge können auch auf Menschen gemacht werden, der Unterschied zu den "Stellungen und Dingen" im Bakuninschen Sinne verschwindet.

Um aber Stellungen und Dinge wirksam zu zerstören, ist es gerade nötig, daß die beteiligten Menschen sich verweigern; daß sie die Stellungen nicht mehr tragen, ausfüllen. Sabotageaktionen müssen sich also daran messen lassen, inwieweit es gelingt, Strategien voranzutreiben, die auf Verweigerung des Gehorsams zielen. In unserem Fall: erst wenn die Strommasten niemand mehr aufbaut, ist die Propaganda der Tat erfolgreich. Dies kann nur dann passieren, wenn die Menschen wissen, daß die Aktionen nicht gegen sie gerichtet sind, d.h. wenn die Sabotage gewaltfrei begründet ist. Das hieße auch, daß bei Strommastaktionen möglichst darauf zu achten ist, daß es wenig Stromausfälle bei Verbraucher/innen gibt. Stromkonsument/inn/en sollen nicht geschädigt, sondern gewonnen werden. Ihre Sympathie soll geweckt werden, damit sie ihre Konsumkraft als Kampfmittel gegen die Atomstromkonzerne entdecken und so Giroblau oder Strobo-Perspektiven zu einer Massenbasis verhelfen. Diese Funktion fällt der Sabotage in einer gewaltfreien Strategie primär zu: sie soll helfen, Menschen dem System zu entziehen. Auf die Gefahr, durch Sabotage den Schaden auf die Konsument/inn/en abzuwalzen und dadurch einen kontraproduktiven Effekt zu bewirken, haben auch Anarchisten wie z.B. Max Nettlau hingewiesen. Weitere, vor allem holländische Libertäre der 20er und 30er Jahre haben die Sabotage einer gewaltfreien Massenverweigerungs-



ist demnach kein Selbstzweck. Noch keine Revolution ist durch Sabotage ausgelöst worden, noch kein Staat ist rein materiell an seinem hohen Preis bankrott gegangen - im Gegenteil: hier muß darauf hingewiesen werden, daß der Staat mangelnde materielle Mittel durch Gewalt ersetzen kann: die Nazis weigerten sich z.B. die Schulden und Reparationen der Weimarer Republik weiterzuzahlen und beuteten per Arbeitsdienst und Zwangslager Arbeitskräfte unentlohnt aus.

Sabotage und Ziviler Ungehorsam

In den Kämpfen der Arbeiterbewegung zeigt sich, daß Sabotage Reformen indirekt erzwingen kann. Langsam-Arbeiten und Maschinen-destruktion kosten mitunter den Kapitalisten so viel, daß ihnen sozialpartnerschaftliche Konzepte besser und billiger erscheinen. Wichtig ist hier, wahrzunehmen, daß es in dieser Sicht nicht die reformistischen Parteien waren, die dies erreichten, sondern die direkte Aktion der Arbeitenden durch u.a. Sabotage.

Die heutigen Möglichkeiten der Sabotage lassen sich ausgehend vom Volkszählungsboykott 1983 gut illustrieren. Zu dieser Zeit gab es viele Anschläge und Sabotageaktionen (vor allem der RZ) gegen Rechenzentren und Datenbanken. Sie gingen aber im öffentlichen Bewußtsein weitgehend unter. Was zum Erfolg der Boykottkampagne beitrug, war der ersichtliche Wille großer Teile der Bevölkerung, sich dem Staat zu verweigern. Aus dieser Erfahrung läßt sich wiederum schlußfolgern, daß hier Sabotage eigentlich überflüssig war. Wie wenig öffentlich unvermittelte Sabotageaktionen und Anschläge letztlich im allgemeinen Bewußtsein bleiben, zeigt das Beispiel der letzten großen Anschlagwelle nach dem RAF-Hungerstreik 1984. Nach vielen Anschlägen jubelte ein Kommentator der taz, die Anschläge hätten bisher bereits mehr materiellen Schaden angerichtet als die gesamte Friedensbewegung. Heute weiß jedoch kaum noch jemand von dieser Sabotagewelle - einmal ganz

Aufgrund all dieser Beispiele und Erfahrungen würde ich vorschlagen, Sabotage als gewaltfreie Aktion Kampagnen Zivilen Ungehorsams unterzuordnen. Das hieße, daß in Phasen ohne Massenperspektive Sabotage unter bestimmten Bedingungen (u.a. wenn sie gewaltfrei begründet wird) zu einer Etablierung einer Massenbasis für Zivilen Ungehorsam beitragen kann. Ist die Massenbasis erreicht, entzieht der Zivile Ungehorsam die Menschen dem System und trifft es damit an dessen wichtigster Machtbasis. Sabotage wird in einer solchen Kultur des Zivilen Ungehorsams tendenziell überflüssig bzw. hat unterstützenden, begleitenden Charakter. Wichtig scheint mir aber zu sein, darauf hinzuweisen, daß Sabotage gerade nicht der entscheidende Faktor sein kann und deshalb eine Strategie Sabotage nicht in den Mittelpunkt stellen sollte. Unter Umständen könnte Sabotage heute eine unterstützende, vielleicht sogar vorantreibende Funktion für Kampagnen Zivilen Ungehorsams haben. Da heute Sabotage kaum gewaltfrei begründet wird, demonstriert ihre Praxis vor allem Mißtrauen in die Wirklichkeit von Kampagnen Zivilen Ungehorsams. Solange dies so bleibt, kann Sabotage keine große Hilfe für den Zivilen Ungehorsam sein. Auswege deuten sich an, wenn z.B. die dezentralen Blockaden in Wackerndorf von Sabotageaktionen unterstützt werden. Die Blockaden, die Aktionen Zivilen Ungehorsams also, bleiben aber im Mittelpunkt der Strategie der Bewegung.

Gewaltfreie Aktionsgruppen haben jedoch in ihren Orten eine Struktur des langen, gegenseitigen Kennenlernens; eine Sprachkultur, die gegenüber Verbalradikalismus und subversiver, nicht gemeinsam konsensmäßig beschlossener Aktion mißtrauisch ist - also Spitzeln und Polizeiprovokateuren die denkbar schlechtesten Chancen bietet. Gerade deshalb scheinen sie geeignet, Sabotageaktionen verantwortungsbewußt durchzuführen. Wenn lange in der Gruppe über Sabotage als gewaltfreie Aktion diskutiert wurde und sich vor allem über Mittel und Wege geeinigt wurde, eine öffentliche Vermittlung der Aktionen zu erreichen - dann könnten Ansatzpunkte gefunden werden, dem herrschenden Trend Sabotage als Terrorismus zu diffamieren, öffentlichkeitswirksam entgegenzutreten.

ZAM

ZEITSCHRIFT
FÜR
ANTIMILITARISMUS
5/1993
OS 50,-



Tabblatt

AZ



"ICH HABE AUSGEFÜRHT"

Das Chaos ist... grün

Auf welcher Seite sind nun die nicht identifizierbaren Provokateure und Gewalttäter zu finden? Meiner Meinung nach sicherlich nicht in den Reihen jener Demonstrant/inn/en, die es satt haben, diesen alljährlichen Ball des Kapitals, als "österreichisches Fest" zu akzeptieren. Menschen deren Ziel es ist, die Perversion unseres gesellschaftlichen Systems (und diese Perversion wird gerade durch diese Jahr für Jahr stattfindende Provokation klar erkennbar), aufzuzeigen und dagegen anzukämpfen.

Vermummung

Stellt die Vermummung tatsächlich ein Problem dar? Dieses Faktum wird nur durch offizielle Stellen und bürgerliche Medien zum Problem hochstilisiert, um Unsicherheit in der Bevölkerung zu erzeugen. In Wirklichkeit ist die Vermummung bloßer Schutz und Protest, gegen die allzeit präsente Stapo samt ihren Kamerateams. Wer jedoch wirklich nicht zu identifizieren ist, das sind jene Polizisten, die an besagtem Abend sich ihr eigenes Fest veranstalteten. Ohne in die Gefahr zu geraten, jemals zur Verantwortung gezogen zu werden, läßt sich der Frust über den abendlichen Einsatz leicht an den Demonstrant/inn/en abbauen. Eindeutig zu identifizieren sind jedoch die Einsatzleiter jener Prügelorgie; jene Abgeordnete der Grünen, die sich immer mehr dem derzeit herrschenden System anbiedern und die Demonstrant/inn/en diffamierten; aber auch jene Personen, die erst zur Demonstration geführt haben, jene Vertreter des Kapitals und Bürgertums die den Protest an ihrer Menschenverachtenden Lebensweise einfach wepprugeln lassen.

Fielen die Reaktionen der offiziellen Stellen und der Massenmedien erwartungsgemäß aus, so enttäuschte mich die Haltung der Parteispitze der Grünen besonders. Während der Demo, bei der sie als Veranstalter

zutraten, forderten sie die Demonstrant/inn/en auf (trotz der Ankündigung der Polizei zu räumen), noch bis zum angemeldeten Ende zu bleiben. Gerade für jene Demonstrant/inn/en, die dieser Aufforderung Folge leisteten, gab es am nächsten Tag bei der Stellungnahme der grünen Repräsentationsfiguren eine kräftige Ohrfeige. Obwohl diese Ohrfeige nur rhetorischerfolgte, fühlte man erneut die Schläge des Vorabends. Zuerst die Köpfe hinhalten müssen und dann noch eine von denen drauf, für die man am Vorabend als Demomasse gut genug war. Es ist natürlich einfacher sich von ein paar Demonstrant/inn/en zu distanzieren, die nicht dem grünen Klischee entsprechen, als sich mit der Staatsgewalt auseinanderzusetzen. Denn wozu eine Auseinandersetzung, wenn man sich ohnehin mit diesem System einverstanden erklärt und selbst einen Platz am Futtertrog der Macht fordert.

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch die letzten roten Flecken vom grünen Lodenmantel rausgebürstet sind. Jene Flecken nämlich, die es wagen, an der Gewaltfreiheit und Volksverbundenheit der Exekutive zu zweifeln. Sollen sie (die Flecken nämlich) sich doch auf die andere Straßenseite begeben - grün und grün muß sich doch verstehen, und sich von jenen distanzieren, die zwar politisch aktiv und informiert sind, es aber nicht einsehen wollen, daß man aus politischer Aktivität auch materiellen Nutzen ziehen kann. Materiellen Nutzen, indem man/frau der Wählermasse etwas vorgaukelt und sich selbst den Arsch auf Parlamentssesseln wärmt.

Rolle der Massenmedien.

Von den etablierten Massenmedien kann man sich solange keine zustimmende Reaktion erwarten, solange man die Interessen des Kapitals aufzeigt und in Frage stellt. Objektivität wird es von dieser Seite niemals geben, da auch diese konkrete Interessen vertreten und verfolgen. All das wurde

ja anhand der Berichterstattung über die Demo mehr als bestätigt.

Gewaltfrage

Ein paar Flaschen und Leuchtraketen können nicht als ernstzunehmender Widerstand gegen die Staatsgewalt gesehen werden. Sie dienen zur Zeit nur dazu, Demonstrant/inn/en in der veröffentlichten Meinung zu diffamieren und rufen Spaltungen innerhalb der Widerstandsbewegungen hervor. Doch dieser Prozeß der Gegenwehr könnte schon bald in eine ganz andere Richtung verlaufen. Denn sind diese derzeit nur hilflosen Versuche der Gegenwehr gegen eine immer bedrohendere und offensichtlicher werdende Staatsgewalt nicht die ersten Schritte zu einem Widerstand, der sich nicht mehr von offizieller Seite planen und kontrollieren läßt? Schritte hin zu einem Widerstand, der sich nicht mehr nur strikt an die gestatteten Formen des Protests hält, um das System als Ganzes in Frage zu stellen. Dies in einer Weise, die eine Reaktion des Systems provoziert und nicht, wie es bisher geschah, Protest als Mittel der persönlichen Beruhigung und Abnützung, als Absicherung der herrschenden Klasse. Unsere derzeitigen Protestformen führen niemals zur direkten Konfrontation. Es werden stets irgendwelche Schreiberlinge, "Ordnungshüter", etc. dazwischengeschaltet, die als Puffer dienen, durch den unser Widerstand abgefangen wird und die Verantwortlichen weiterhin ungeschoren davorkommen.

Über die Frage der Gewaltanwendung muß natürlich innerhalb der neuen Protestbewegung ausführlichst diskutiert werden. Auf keinen Fall darf sich unser Gewaltbegriff auf die vorgegebenen Definitionen des Kapitalismus stützen. Dieser Widerstand soll radikal, aggressiv und phantasievoll sein, er soll Inhalte vermitteln und Zusammenhänge verständlich machen. Er darf nicht länger hinter Absperrungen der Polizei stattfinden, sondern muß sich direkt an die Verantwortlichen des derzeitigen "Law and Order - Establishments" richten. Dieser Widerstand muß unsere Antwort auf die Unmenschlichkeit unserer gesellschaftlichen Strukturen sein, denn, wie wir es schon im letzten "Autonomen Stadt - Info" lesen konnten, wird Freiheit nicht erbettelt, sondern erkämpft!

Tristan Sindelgruber

Jetzt erst recht!

Die Anarchistenhetze läuft auf vollen Touren. Die Medien überschlagen sich mit Berichten, einer sensationslüsterner als der andere. Von gruselig-schaurigen Reportagen mit dem Titel: „So lebten die toten Anarchisten“, über angebliche linke Wehrsportgruppen beim Friedenstreffen in Michelstetten spannt sich ein heiterer Bogen und gipfelt dann in der bemerkenswerten Erkenntnis: „Die Zentren potentieller Linksterroristen waren leicht zu orten, denn sie tragen und trugen offene Namen wie ‚Rotsülzchen‘ und ‚Arge Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit‘ (...).“ Klar rotten sich die Gewalttäter in einer gewaltfreien Arbeitsgemeinschaft zusammen, so was ist leicht zu durchschauen.

Gleichzeitig nehmen Behörden und Staatsschutz die mysteriösen Ereignisse in Ebergassing als willkommenen Anlaß ein Ideengebäude – nämlich die Vorstellung einer Gesellschaft ohne Staat und Herrschaft – endgültig zum Polizeifall zu stempeln und alle, die so denken, zu kriminalisieren. Zumindestens sind gleich im Anschluß das Ernst-Kirchweiger-Haus und einige Privatwohnungen durchsucht worden und als man dort nichts gerichtsverwertbares gefunden hat, war auch das nicht etwa für die Betroffenen einastend, sondern Beweis ihrer notorischen Schläuheit. Tückisch haben sie ihre Zeit genutzt, jeden Beweis resolos verschwinden zu lassen.

Die traurige Wahrheit ist doch die: Die beiden tatsächlichen Opfer sind Gregor Thaler und Peter Komcek – die angeblichen „Täter“. Die beiden sind nämlich tot.

„Nun haben auch Linke begonnen, Gewalt und Terror auszuüben,“ hat die Journaille fast erleichtert aufgestöhnt.

Bloß ist das mit der Gewalt halt so eine Sache. Gewalt ist – eben Gewalt: sie zerstört und vernichtet Gegenstände, Sachen; im Extremfall tötet sie Menschen. Oder besser: die, die sie ausüben, tun das.

Der Staat tut das auch. Er tut das vor allem: Er sperrt ein, prügelt, läßt Verbrecher „auf der Flucht erschießen“. Er hält sich ein ganzes Bundesheer – also einen ziemlich wuchtigen Gewaltapparat – um seine Interessen gegenüber anderen konkurrierenden Staaten zu wahren.

Der Staat ist irgendwie der größte Gewalttäter und genauso irgendwie ist er auch damit weitgehend allein auf weiter Flur. Er ist so ziemlich der einzige, der nennenswerte Gewalt ausübt.

Was hier dem Staat nicht paßt, ist also nicht die Gewalt – sondern, daß es die falschen sind, die sie ausüben; von ihm nicht autorisiert.

Wenn er selber eine Hausdurchsuchung im EKH macht und seine Polizisten ein wenig rude mit den dort wohnenden Roma (sic!) umspringen, dann ist das für die Verächte linker Gewalt ein so selbstverständlicher Beweis nötiger Härte, daß über einen solchen mittleren Polizeiskandal in harnisch-triumphierendem Ton in der Presse berichtet werden kann.

„Man habe die Räume in brutaler Weise durchsucht. Ein Bewohner wurde geohrfeigt, mehrere Türen wurden eingetreten und schwer beschädigt.“ („Kurier“)

In der Gewaltfrage wird jedenfalls mit zweierlei Maß

gemessen was – um Mißverständnissen vorzubeugen – noch überhaupt nicht für politische Gegengewalt spricht. Auch nicht für „linke Gewalt“.

Da kommt es aber schon wieder sehr wenig darauf an, was die Linken selbst von Gewalt halten – der innere Feind steht jedenfalls wieder dort: „Zuerst sprengen sie einen Strommast und dann die Schulen!“ (ebenfalls „Kurier“) Ein gewissen Heiterkeitswert hat das alles schon – wär's nicht so traurig, dann zum Brüllen.

Worauf es hinausläuft, das ist hingegen gefährlich: Man soll jetzt kein Wort mehr gegen das Bildungssystem sagen dürfen – kein Wort, daß Schulen disziplinieren, obrigkeitshörig machen, zum Gehorsam trimmen. Man soll sich nicht mehr sagen trauen können, daß Schulen weggehören; weg und nicht gesprengt. Genau das ist nämlich der kleine Unterschied.

So führt das plötzliche mediale Interesse am Anarchismus auch zu erhöhter Aufmerksamkeit, die seinen Organisationen gewidmet wird.

Während die „Oberösterreichischen Nachrichten“ es einerseits dabei belassen, sich allerlei Blödsinn über unsere politischen Ziele aus den Fingern zu saugen – und offenbar von journalistischer Sorgfaltspflicht wenig halten –, schildern sie auch ein Telefongespräch, das so nicht stattgefunden hat: „Ich könnte ihnen schon einiges erzählen, will aber nicht“, sagt da ein angeblicher RBHler. Bewußt unklar gelassen wird, ob zu den Anschlägen in Ebergassing oder zum Anarchismus. Der „Kurier“ vom Sonntag geht da schon einen Schritt weiter, und ist kurz davor, uns wenigstens ideelle Mitäterschaft vorzuwerfen: „Egal ob bei einer Aktion des ‚Revolutionsbräuhofer‘, einer Operation der ‚Schwarzen Distel‘, oder nur einer Demonstration der ‚Antimilitaristischen Gruppe‘ für irgendeinen Wehrdienst-Totalverweigerer: die mutmaßlichen Terroristen von Ebergassing waren immer mit dabei. (...)“ (wiederum Kurier)

Zwar ist es das Schöne an Aktionen des Revolutionsbräuhofer und das Gute an den „Operationen“ der Schwarzen Distel, daß jeder und jede mitmachen können. Oder meint der Kurier, daß man bei unseren Demonstrationen und Kundgebungen eine persönliche Einladung vorweisen muß?

Trotzdem wird es jetzt wohl Zeit für ein paar Klarstellungen in eigener Sache: Der Revolutionsbräuhofer hat nichts mit politischem Terror am Hut, initiiert und begünstigt ihn nicht. Weil er uns unserem Ziel, daß Leute kritisch und nachdenklich werden, Zustände und Herrschaft hinterfragen, keinen Deut näherbringt.

Und das ist keine „Distanzierung“ handelsüblichen Strickmusters, wie sie bei Linken so beliebt sind, sondern eine Feststellung: Wir sprengen keine Strommasten und befürworten das nicht, weil es politisch nichts bewegt. Was man uns vorwerfen kann und wofür wir jederzeit einstehen, sind unsere abweichenden Meinungen: Wir sind gegen Arbeitszwang, Polizeiwillkür und -gewalt, gegen Ausbeutung und Unterdrückung in all ihren Formen. Und wir demonstrieren auch jederzeit für einen Wehrdienstverweigerer.

Gerade weil das so und nicht anders ist, haben wir auch all die dubiosen anonymen Anrufer, die uns in den letzten Wochen zu „einer Aktion, bei der es so richtig knallt“ anstacheln wollten, leider abschlägig bescheiden müssen.

Was in Ebergassing wirklich passiert ist, wissen wir nicht: Wem es nutzt, schon eher.

Grenzenloser politischer Leichtsinn einiger Linker, die durch tragische Verkettung von Umständen zu Opfern geworden sind: Das ist die eine Möglichkeit.

Ein Meilenstein in Richtung „3. Republik“, das ist die andere. Daß nach dem Neonazi-Terror das Klima der Verunsicherung und Verängstigung durch Ereignisse wie Ebergassing noch verstärkt wird, liegt für jeden, der seine fünf Sinne noch beisammen hat, am rechten Hand.

Ungereimtheiten gibt es zumal. Der mißglückte Mordanschlag auf den antifaschistischen Journalisten Wolfgang Purtscheller letzte Woche, der mehr als mysteriöse Selbstmord des Schülers Harald Hamsch am Rande der Inns-

brücker Demo gegen den Kommerz – der genauso gut ein verunsicherter Mord gewesen sein könnte – und jetzt Ebergas-

sing: all das weist irgendwie in Richtung Geheimdienstak-

tivitäten, die das politische Klima stürmisch machen sollen.

Ohne Ermittlungen, die glaubhaft klären, daß Gregor Thaler und Peter Koniczek freiwillig und ohne Zwang zum „Tatort“ gefahren sind, wird immer ein haklicher Nach-

geschmack bleiben: Daß bestimmte Kreise sich ihre Terroristen machen, wenn es keine gibt.

Daß es solche Aktivitäten von Geheimdiensten – auch in Zusammenspiel mit Faschisten – gegeben hat, ist aus Italien (Gladio, P2) und Deutschland (Celler Loch, BND-Hande mit Plutonium) vielfach bewiesen. Für Österreich nicht. Das möchten wir ausdrücklich betonen, vor allem wollen wir nicht zum Erfolg solcher Verschwörungen durch das Aufstellen von Verschwörungstheorien beitragen.

Wenn jetzt nämlich noch mehr Leute den Wink mit dem Zaunpfahl verstehen und sich von der öffentlichen, politischen Auseinandersetzung zurückziehen, dann ist das mögliche Ziel der Bomben von Stinaz und Ebergassing erreicht worden.

Bei uns nicht. Wir machen weiter: Gegenpropaganda, solange es geht.

Revolutionsbräuhaus (RBF)

Im „GRUWI-Fakblatt Nr. 56“ und im eben erschienenen „Exil-GRUW Fakblatt“ beschäftigt sich der Artikel „Staatsterrorismus am Beispiel des italienischen Gladio“ sehr ausführlich mit der italienischen Spielart von Conspiracy. Einfach bei uns (Postfach 142, 1181 Wien) anfordern – gratis aber nicht umsonst.

4. - 11. NOVEMBER

VOLKSBEGEHREN

GEGEN

ABFANGJÄGER

TERMINE



Eintragungswoche für das Volksbegehren gegen Abfangjäger 4. - 11. November 1985

Anti-Abfangjäger-Aktivist/inn/en-Treffen in Wien 10. Sept., 18 Uhr, Rotstiltchen (Margaretenstr.99)

Anti-Abfangjäger-Aktivist/inn/en-Treffen in Linz 11. Sept., 19.30 Uhr, Betriebsseminar Kapuzinerstr.49

Fest gegen Abfangjäger 14. Sept., 14 Uhr, Denzelpark, 1060 Wien, Linke Wienzeile 24 (Kabarett, Musik, Essen, Trinken, Spiele)

Anti-Abfangjäger - Treffen der Bezirksgruppe Wien 16./17. 16. Sept., 14 bis 18 Uhr, JZ Ottakring, Ottakringerstr.200

Gewaltfreier Widerstand gegen Abfangjäger - Strategie Seminar 14./15. Sept. in Zeltweg (Auskunft: IVB, Tel:485332)

Abfangjäger-Fest 27. Sept., 19.30 Uhr, Betriebszentrum der VÖEST (Linz), Wahringerstr. 30

Schmetterlinge statt Abfangjäger 1. Okt. 20 Uhr, im Audu Max der Alten Uni Wien (mit Schmetterlinge, Otto Tausig u.a.)

Wiener Treffen der Anti-Abfangjäger - Aktivist/innen

3. Okt., 14 Uhr, in der KHG Ebendorferstr.8 1010 Wien

Friedensforum: Perspektiven "Was kommt nach dem Volksbegehren?" 30. Oktober, 19.30, 1010 Wien, Schotteng. 3a/1/4/59

Südafrika-Demonstration 18. Sept., 17 Uhr vom Rathausplatz, Schlußkundgebung am Ballhausplatz

Solidaritätsfest "Chile kämpft - Nicaragua lebt" 20. Sept., 20 Uhr, Posthof Linz mit der chilenischen Gruppe Likon Antai

Zeitungsseminar des Gewaltfreien Widerstands 5.-6. Oktober, Ort wird Interessenten bekanntgegeben (Nähe Wien) Anmeldung bis spätestens 20. September an Redaktion

Seminar - Mädchen in der Jugendarbeit 5.-6. Oktober Anmeldung: Jugendtreff Gaswerk, c/o Elisabeth Lücke-Lindenthal, Pradlerplatz 6b, 6020 Innsbruck, Tel: (05222) 42 1 66 Anmeldeschluß 13. Sept. 1985

Großdemonstration gegen die WAA in München 9. Okt., Kundgebungen in den österr. Bundeshauptstädten. Information: Konrad-Lorenz-Volksbegehren, Tel:43 59 38

30 Jahre Bundesheer - Paraden in allen Bundesländern 26. Okt., vor eurer Haustür - Gegenaktionen ?

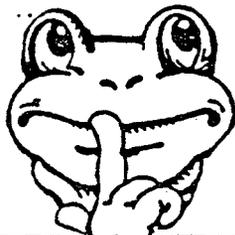
Großaktion der Friedensbewegung 27. Okt. 1985, Wiener Stadthalle (Kulturprogramm und Fackelzug zu einem Regierungsgebäude)

Friedensforum "Soziale Verteidigung" 20. Nov., 19.30, 1010 Wien, Schottengasse 3a/1/4/59

"Les strategies civiles de defense/civilian defence strategies" 27. - 29. Nov. 1985, Straßburg Internationale Konferenz (Sprachen: engl., franz.), Veranstalter: Institut de Recherche sur la Resolution non-violente des Conflits; I.R.N.C. 126 Bd H. Sellier - 92150 Suresnes - France

Netzwerk-Treffen "Soziale Verteidigung" 29.-30. Nov., Anmeldung und Information: Thomas Honsig 4150 Rohrbach, Tel. 07289-6183

Forumtheater der Gruppe Wiegli 21./23./29. November - "Übergriffe" 22./28./30. November - "Fein sein - beinander bleiben!" Ort: JZ Zeltgasse, 1080 Wien, Zeltgasse 7



IMPRESSUM

Verleger u. Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft für Zivildienst, Soziale Verteidigung und Gewaltfreiheit; 1010 Wien Schottengasse 3a/1/4/59 (Tel. 0222/63 80 653) * Redaktion: ebendort * Hersteller: HTU, 1040 Wien, Argentinistr. 8 * Redaktion: Gudrun Geditz, Bettina Kolb, Peter Kolba, Andreas Mader, Günther Ogris, Vera Ribanch, Günter Wittrek * Mitarbeiter: Andreas Stadler, Ernst Chocher, Heinz Hattlinger, Wolfgang Koch, Markus Lohner, Christian Mokricki, Peter Steyrer * Graphik: Herbert Keinzath * Lay out: Peter Kolba, Andreas Mader

INHALT

Grundlagen

Soziale Verteidigung - Zugänge zum Thema.....3
Warum und wie begann man - von verschiedenen
Seiten her - sich mit SV zu beschäftigen?

Vier Säulen des Widerstandes.....5
Vier tragende Grundprinzipien der SV

Drei - Phasen - Modell.....7
Protest - Nichtzusammenarbeit - öffentliche
Konfrontation

Historische Beispiele

CSSR 68: Worte gegen Gewehre.....10
Über den Widerstand der Tschechen und Slowaken
gegen den Einmarsch der Warschauer Pakt Truppen
am 21. August 1968

Nichtzusammenarbeit - Schwejk Methode.....15
Aus der Serie "Soziale Verteidigung - Spezial-
probleme" eine Auseinandersetzung mit der
literarischen Figur des "braven Soldaten Schwejk"

Die Gewaltfreie Aktion.....16
Eine Buchbesprechung

Gewaltfreie Befreiung in Lateinamerika ?.....17
Ist ein gewaltfreier Weg zur Befreiung
Lateinamerikas möglich? Zwei Beispiele
gewaltfreier Aktion: El Salvador 1944 und Chile

Diskussion

SV mit/ neben/ gegen das Militär.....26
Darstellung der Diskussion um verschiedene
Einschätzungen und Strategien der SV

Soziale Verteidigung - Flucht ins Modell.....30
SV als Ordnungskonzept für den Staat -
ein gefährlicher Weg

...verteidigungswert... ?.....32
Was wollen wir überhaupt verteidigen?

Soziale Verteidigung - Verteidigung der
Gesellschaft gegen den Staat (Ein Rückblick).....38
Pierre Rarus und der Bund herrschafts-
loser Sozialisten - österr. Anarchisten
als Vordenker für Soziale Verteidigung

Als Mittelblatt:

Soziale Verteidigung in Österreich (Poster)
Termin/Anzeigen/Materialliste

EDITORIAL

Soziale Verteidigung ist ein Dauer-
brenner für die Friedensbewegung.
Doch hinter diesem Begriff stehen
sehr verschiedene Konzepte und
Strategien.

Manche basteln an möglichst
realistischen Konzepten, um diese
ihren Regierungen anzubieten. Diese
sollen - per Dekret - von militä-
rischer auf soziale Verteidigung um-
rüsten. Als gälte es nichts weiter
zu verändern als das Verteidigungs-
konzept. Soziale Verteidigung de-
genertiert so zu einer "quasi-mili-
tärlichen Verteidigung - ohne Waf-
fen".

Wir meinen, daß soziale Vertei-
digung nur in einer entmili-
tarisierten Gesellschaft möglich
wird. Diese aufzubauen, also der
Soziale Angriff auf das Militär
und den Militarismus, ist unser
Ziel. Dies mit Methoden des ge-
waltfreien Aufstandes. Am Weg zu
ieser entmilitarisierten Gesell-

schaft üben die Basisgruppen auto-
matisch jene Methoden, die als "So-
ziale Verteidigung" dann beitragen
sollen, diese neue Gesellschaft ge-
gen bewaffnete Interventionen von
innen und von außen zu ver-
teidigen.

Für alle, die mehr über SV wissen
wollen, folgende Literaturtipps:

- *) Sondernummer der Zeitschrift
"graswurzelrevolution" zum Thema
soziale Verteidigung, (2000 Ham-
burg 50, Nernstweg 32)
- *) Wolfgang Koch: Soziale Verteidi-
gung - zur basisdemokratischen
Konzeption
- *) Theodor Ebert: Soziale Verteidi-
gung I; Soziale Verteidigung II;
Gewaltfreier Aufstand - Alterna-
tive zum Bürgerkrieg; Ziviler
Ungehorsam - von der APO zur
Friedensbewegung; alle: Wald-
kircher Verlags GmbH.
- *) Boserup/Mack: Krieg ohne Waffen
(rororo 1710)

- *) M.A.N. Gewaltfreier Kampf und
Selbstverwaltung (Zündhölzchen)
- *) Günther Gugel/Horst Furten: Ge-
waltfreie Aktion (Mat.7, Verein
f. Friedenspädagogik Tübingen)
- *) Günther Gugel: Gewaltfreiheit
ein Lebensprinzip (Mat.6, Verein
f. Friedenspädagogik Tübingen)

Noch ein Wort zur Herbstarbeit in
der Redaktion. Wir sind viel zu
wenige Mitarbeiter/innen. Um neu-
Leute in die Redaktionsarbeit ein-
zuführen, planen wir für das
Wochenende Sa., den 5.10 u. So, den
6.10. 1985 ein Wochenendseminar zum
Thema "Redaktionsarbeit beim
GEWALTFREIEN WIDERSTAND."
(Anmeldungen bitte sobald wie
möglich, aber bis spätestens:
1.9.1985 an die Redaktion)

Zum Schluß noch einige wichtige
Redaktionstermine:
Nachbesprechung der Nr.4/85:
24.Juli 1985, 19 Uhr
Redaktionsschluß Nr.5/85: 28.8.85

IMPRESSUM:

Verleger u. Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft für Zivildienst, Soziale Verteidigung und Gewaltfreiheit
1010 Wien, Schottengasse 3a/1/4/59 (Tel.:0222/63 80 653) *Redaktionsort *Hersteller: HTU,
1040 Wien, Argentinierstr. 8 * Redaktion: Gudrun Gerlitz, Bettina Kolb, Peter Kolba, Günther Ogris, Günter
Wittek, Andreas Mader * Mitarbeiter: Andreas Stadler, Ernst Chorherr, Wolfgang Koch, S. Münster, Peter Steyrer,
www.parlament.gv.at

Was ist

Die Zeitschrift für Antimilitarismus ist Österreichs einzige antimilitaristische Zeitschrift. Wir berichten regelmäßig über Aktuelles, aber auch Grundsätzliches zu den Themen Militär- und Rüstungskritik, Wehrdienstverweigerung in Österreich und international sowie über friedenspolitische Aktionen und Aktivitäten.

Herausgegeben wird ZAM von der Arbeitsgemeinschaft für Zivildienst, Soziale Verteidigung und Gewaltfreiheit, die bisher sowohl in Wien (Gewaltfreier Widerstand) wie auch in Graz (friedolin) eine eigene Zeitschrift produzierte. Beide Zeitungen können auf eine bereits zehnjährige Geschichte zurückblicken. Durch die Zusammenarbeit dieser beiden Redaktionen können wir nicht nur ein größeres Publikum erreichen, sondern auch öfter erscholen, d.h. aktuellere Informationen bieten. Ab Anfang Februar 89 werden wir in einem schwächlichen Rhythmus, mit einer kleinen Pause in den Sommermonaten, erscholen. Das bedeutet acht statt bisher sechsmal im Jahr. Abwechselnd wird die 'federführende Redaktion' in Wien und in Graz die Hauptarbeit übernehmen, und Euch hoffentlich viel Lesenswertes bieten. Viel Vergnügen beim Lesen von ZAM.

Folgende Materialien könnt ihr bei uns bestellen

- Weißbuch Landesverteidigung: Kritik der militärischen Sicherheitspolitik in Österreich 30.-
- Soziale Verteidigung zur basisdemokratischen Konzeption 25.-
- Zivildienst: Von der Antragstellung, ordentlichen und außerordentlichen ZD 25.-
- TV-News: Materialien zur Totalverweigerung in Österreich 20.-
- Raketenaufrüstung in Österreich: Vom staatsvertraglichen Verbot bis zur Nato Angliederung 20.-
- Abfangjäger: Das Milliardenenspiel Schatten über Österreich 15.-
- Stoppt die Atomtests 10.-

reagieren, Auseinandersetzung mit den Ergebnissen seiner nüchternen Alltagsgewalt tut not. Also werden wir auch reagieren und darüber berichten, uns aber nicht von seinem Still leiten lassen. Militär und Staat sind untrennbar miteinander verknüpft. Also stellen wir den Staat in Frage; internationale Zusammenarbeit ist notwendig. Weltweit verweigern Menschen den Kriegsdienst. Eine klare Zielvorstellung gibt es nicht und soll es nicht geben. Gesellschaft entwickelt sich und Militär friert sie ein. Eisbrecher. Nicht nur Grönlandwale sollen befreit werden.



ZIVILDienst und
TOTALVERWEIGERUNG
in ÖSTEREICH
WAFFENMARKT und
ÖSTEREICH
FRIEDENSGEFANGENE
MATERIELLE und
GEISTIGE
AUFRÜSTUNG
SPRACHGEWALT
WEHRPFLICHT-
BEFREJUNGEN und
MILITARSTRAFEN
etc.

T
A
L
I
A
N
Z
I
N
1
89

Meine Anschrift:

Name

Straße

PLZ Ort

Datum, Mitgliedschaft

- Ich bestelle ein Abonnement der Zeitschrift für Antimilitarismus. Diese erscheint sechsmal im Jahr. Das Abonnement kostet: 150,- ÖS/Jahr. Auslandsabonnement: 250,- ÖS / 36,- DM / 32,- SFR
- Ich möchte Mitglied bei der Arbeitsgemeinschaft für Zivildienst, Soziale Verteidigung und Gewaltfreiheit werden (inkl. einem Abo ZAM). Mitgliedsbeitrag 250,- ÖS/Jahr für Werktätige / 200,- ÖS für Nichtwerktätige
- Ich bestelle die aktuellste Nummer von ZAM zum Preis von 25,- ÖS.

Die Bestellung ist innerhalb von 14 Tagen schriftlich kündbar. Ich zahle den Abonnement/Mitgliedsbeitrag auf das BAWAG-Konto Nr. 10010-670-573 Bankleitzahl 14000 ein. Das Abonnement/die Mitgliedschaft läuft ab Eintreffen der Einzahlung.

Erklärung des „Sankt-Nimmerleintages“ zum gesetzlichen Feiertag!

von Markus Kemmerling

diese forderung schließe ich einem ausspruch unserer kriegsplaner aus dem verteidigungsministerium an.

journalistenfrage: das spiel einberufung,

befehlsverweigerung, haft, entlassung

wird sich im falle hejzmanek bis zum

„sankt-nimmerleinstag“ wiederholen?

dr. puchers (bmlfv) antwort: ja,

aüßer der junge mann ändert seine einstellung.

Helmut Hejzmanek 1989

Was ist Totalverweigerung? Für die Gegenseite ist die Antwort "simpel": Totalverweigerung ist eine "für alle Drückeberger geeignete Formel" (Ersatzstapel Markaritzer im Kurier), "jedentalls eine Position des Privatanarchismus" und "kein politisch gerechtfertigter Widerstand" (Thomas Vasek im Fakel). Eine differenzierte Antwort jenseits des gesunden Menschenverstands ist weniger simpel, gut es doch ungefähr so viele Motivationen für und Zugänge zur Totalverweigerung wie Totalverweigerer. Mindestens. Als kleinster gemeinsamer Nenner ließe sich vielleicht sagen, daß Totalverweigerung den Versuch darstellt, sich über den gesetzlich erlaubten Rahmen (Zivildienst) hinaus der militärischen Verwertbarkeit zu entziehen.

in den Motivationen zur Totalverweigerung scheint es mir zwei Grundtendenzen zu geben: jene die Militarismuskritik, Unterordnung des Zivildienstes unter militärische Interessen etc. in den Mittelpunkt stellt, und jene die

betont, daß Totalverweigerung ein "Teilaspekt einer umfassenden Staatsdienstverweigerung" ist. Manche Totalverweigerer betrachten ihr Handeln primär als eine individuelle Gewissensentscheidung, demgegenüber versucht politisch organisierte Totalverweigerung diese Individualisierung gerade zu vermeiden.

Besser als jede abstrakte Definition scheint mir aber die konkrete Geschichte eines Totalverweigerers, sein Verhalten und seine persönliche Begründung zu zeigen, was Totalverweigerung ist. Das von der Chronologie (s. Beitrag dazu) über Helmut's Totalverweigerung vermittelte Bild ist - gerade in seiner Endlosigkeit - typisch.

Unglücklich gewählt ist der Begriff sowieso, löst er doch - selbst bei denen, die mit der Problematik des Zivildienstes vertraut sind - sofort den "Alles Asoziale"-Reflex aus. K. Markaritzer schreibt das explizit, aber auch T. Vaseks "privatanarchistisches

Extrawürstel" drückt schließlich genau das aus.

Angesichts der zwei dicken Bene-Ordner, in denen sich die Akten meiner eigenen, erst durch die Reaktion der Behörden zu einer totalen gewordenen, Verweigerung stapeln, stellt sich mir Totalverweigerung als eine etwas abwegige Form von Sammelleidenschaft dar, deren Objekte der Begierde Ladungsbescheide, Strafanzeigen und andere zum Teil reichlich abstruse Schriftstücke militärischer, polizeilicher, etc. Behörden sind. Das klingt nach einem etwas müden Schmäh, ist aber durchaus ernst gemeint. Denn jede konsequente Totalverweigerung wird letztlich weniger durch jene politischen Überlegungen, welche zum Entschluß totalzuverweigern führen, als durch jahrelange staatliche Repression bestimmt. Dies ist ein der Totalverweigerung innewohnender Widerspruch. Die Verweigerung staatlichen Zwanges führt letztlich zu noch stärkerem Zwang, selbst dann, wenn sich - wie in meinem Fall - die Verweigerung aus militärischer Sicht ganz eindeutig als eine Geschichte von Niederlagen darstellt.

Es gehört zum Wesen von Totalverweigerung, die gesetzlich vorgesehenen Spielregeln von Wehrdienstverweigerung zu verletzen, da diese - wie im Artikel über den Zivildienst beschrieben - letztlich doch alle militärischer Logik unterworfen sind.



F. Jägerstätter Wehrmachtsverweigerer - L. Berger Stellungsverweigerer - C. Kurzmann Präsenzdienstverweigerer - C. Hellböck 0815

Die Formen von Totalverweigerung sind deshalb auch sehr vielfältig. Und die Strafen für TV sind ebenso vielfältig, siehe die beiden nebenstehenden Kästen.

Da es nur sehr wenige Totalverweigerer gibt, läßt sich aber kaum eine allgemeine Aussage über die Bestrafung machen. Die sechs Monate unbedingter Haft für Helmut sind meines Wissens die höchste Strafe, die bislang in Österreich gegen einen Totalverweigerer verhängt wurde. Auf der anderen Seite haben z.B. die

zahlreichen gerichtlichen und Verwaltungsstrafanzeigen gegen mich in sieben Jahren lediglich zu einer Strafe von einigen hundert Schilling geführt.

Auf alle Fälle ist Totalverweigerung eine äußerst langwierige und über die Strafe hinaus aufreibende Angelegenheit. So sind von den 9 "Fallbeschreibungen" in einer 6 Jahre alten Broschüre der "Gruppe für Totalverweigerung" mindestens 4 noch aktuell. Ein Ende ist erst dann erreicht, wenn Bundesheer oder Innenministerium auf weitere Einberufungen/Zuweisungen

"vergessen". Ein Schlußstrich läßt sich aber erst mit 35 (Ende der Pflicht zum ordentlichen Präsenz- bzw. Zivildienst) oder 50 (Ende der Wehrpflicht) ziehen.

Die einzige allgemeingültige Regel im Verhalten der Behörden ist vielleicht jene, sich keiner inhaltlichen Diskussion zu stellen. Das Bundesheer geht jeder öffentlichen Diskussion mit TotalverweigererInnen über die von ihnen geäußerte Kritik an Krieg und Militarismus aus dem Weg. Mit gutem Grund.

Was sich alles totalverweigern läßt

Stellungsverweigerung: Der erste zwangsweise Kontakt des Wehrpflichtigen mit und die erste Unterwerfung unter den Militärapparat ist die Stellung. Da die Feststellung der "Tauglichkeit" zum Wehrdienst nur durch die aktive Teilnahme des künftigen Soldaten möglich ist, kann niemand zum Bundesheer einberufen werden, solange er die Durchführung der Stellung oder ärztliche Untersuchungen, auch nur teilweise, verweigert.

Verweigerung des Präsenzdienstes: Die "klassische" Form der Totalverweigerung; konkret bedeutet dies zumeist, den Einberufungsbefehl zu ignorieren oder militärische Befehle zu verweigern.

Zivildienstverweigerung: Verglichen mit der Präsenzdienstverweigerung die etwas sanftere Form, da nach der "Befreiung von der Wehrpflicht" zivile und nicht mehr militärische Behörden die Kontrahenten sind.

Verweigerung von Truppen- oder Kaderübungen oder die Verweigerung eines an Stelle der Übungen abzuleistenden Rest-Zivildienstes oder die Verweigerung der zwei Monate Zivildienst, welche dieser zur Zeit länger dauert als der Präsenzdienst oder...

Aktive Wehrkraftzersetzung: Obwohl gemeinhin nicht als "Totalverweigerung" betrachtet, wäre diese Aufzählung doch unvollständig ohne Erwähnung jenes, ZAM-LeserInnen wohlbekannten Aufrufs, mit welchem bereits viele hundert Personen aus Solidarität mit Wehrdienst- und Totalverweigerern zur "Nichtbefolgung von Militärgesetzen" aufgerufen haben. Denn dieser Aufruf ist als eine Aktion, die auf die individuelle Kriminalisierung von Verweigerern mit einem gemeinschaftlichen Gesetzesbruch antwortet, direkt aus der Erfahrung mit Totalverweigerung entstanden. Die im Artikel beschriebene Totalverweigerung im engeren Sinn (in dem daher auch hauptsächlich von Verweigerern und nicht auch von Verweigerinnen die Rede ist) ist jedenfalls nur ein Teil der Aktivitäten der "Gruppe für Totalverweigerung" mit dem Ziel, das Bundesheer abzuschaffen und den Wehrwillen der österreichischen Bevölkerung kontinuierlich zu zersetzen.

ARGE Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit
 Schotteng. 3a/1/59
 1010 WIEN
 Tel: 53-59-109
 Fax: 532-74-16

Wien, am 24. April 1995

OFFENER BRIEF

Betrifft: Kurier-Beitrag vom 23. April 1995 „Linke Extremisten ausgebildet wie Wehrsportgruppen“ (Chronik, S.10)

Die Arbeit der „ARGE für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit“ ist der Versuch, ohne Gewalt, ohne Militär und ohne Herrschaft die demokratische Verfaßtheit der Gesellschaft zu stärken. Nach außen wie nach innen.

Wir sind tatsächlich immer für den Zusammenhalt all der politischen Kräfte eingetreten, die wie wir für Minimierung der Gewalt arbeiten: der gesellschaftlichen und staatlichen Gewalt.

Zum Attentat können wir folgenden Eindruck nur unterstreichen. Aus allen persönlichen Bekanntschaften ergibt sich eine überraschte Erschütterung, die weit und breit keine Komplizenschaft erkennen läßt. Vorausgesetzt, die versuchte Sprengung des Strommastes bei Ebergassing hatte ein politisches Motiv, so distanziert sich die „ARGE für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit“ von dieser Tat. Gewalt ist für uns kein legitimes Mittel politischer Auseinandersetzung.

Es muß aber allen, die Gregor T. und Peter K. kannten, zugestanden werden, um das Leben ihrer lieben Freunde zu trauern.

Die „ARGE für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit“ selbst will die Demokratie stärken und die Gesellschaft verändern. Wo sinnlose Herrschaft und kalte staatliche Verwaltung das Leben der Menschen bestimmen, treten wir für demokratische Mitbestimmung und Belebung der individuellen Verantwortung und Offenheit gegenüber den Menschen ein. Nehmen Sie bitte endlich zur Kenntnis: Wir heißen „Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit“, nicht nur zum Spaß oder nur zur Tarnung, sondern weil Gewaltfreiheit das oberste politische Handlungsprinzip für uns ist.

Woher haben Sie überhaupt Ihre Informationen über uns? Haben vielleicht das Heeresabwehramt oder die Staatspolizei bei der Arbeit geholfen? Sie haben es wahrscheinlich sowieso schon immer gewußt: Wehrdienstverweigerer, Zivildienstler sind alles Nichtsnutze, Terroristen und Chaoten.

Und Sie können jetzt Ihre Verschwörungstheorien über uns verbreiten. Das gefällt auch dem Bundesheer: „Ein Zentrum potentieller Linksterroristen ist auch die Arge Wehrdienstverweigerung!“

Sie werden verstehen, daß wir gegen diesen Vorwurf alle rechtlichen Schritte unternehmen.

Und unsere Gewaltfreiheit werden wir ab sofort lauter und deutlicher vertreten als bisher.

Drei-Phasen-Modell

Grundsätzlich lassen sich drei Phasen der Sozialen Verteidigung unterscheiden. Die Phase des Protests, der Nichtzusammenarbeit und der öffentlichen Konfrontation. Diese Entwicklungsstufen der nationalen oder regionalen Verteidigung finden sich auch in der Mikrostruktur des einfachen Bürgerprotests. Ich werde versuchen, das zu zeigen.

Erste Phase - Protest

Alle Unzufriedenen erheben sich und verschmelzen zu einer Bewegung. Ihre Mittel sind traditioneller politischer Art: Demonstrationen, Kundgebungen, (befristeter) Streik, Schweigemärsche, Sitzprotest an symbolischen Orten, Wandzeitungen, Flugblätter, Plakate, Graffities, Unterschriftenlisten, Deklarationen usw.

Drei Ziele hat der Protest:

- den Zusammenhalt der Bevölkerung stärken und kollaborationswillige Personen sozial isolieren. Die Bevölkerung wird sich besonders in Massenveranstaltungen solidarisieren.
- dem Gegner deutlich vor Augen führen, daß er unerwünscht ist, und man der Okkupation nicht zustimmt, daß die Besetzung auf einem Bruch internationalen Rechts basiert und daß er mit Widerstand zu rechnen hat - hier kommt die Unterscheidung Rolle/Person zur Anwendung, um den Widerstand in die Reihen des Gegners zu tragen.

- der internationalen Öffentlichkeit deutlich machen, daß die Zivilbevölkerung gewillt ist, gegen das Unrecht gewaltarmen Widerstand zu leisten, also Sympathien im Ausland suchen, das den Gegner durch Boykottmaßnahmen zu bedrängen sucht und dem Widerstand moralische und finanzielle Unterstützung zufließen läßt.

Protestphasen werden von verschiedener Dauer sein. Im Falle einer Okkupation durch eine fremde Macht, können sie über Wochen anhalten. Spätestens zu diesem Zeitpunkt werden die Regeln des gewaltarmen Widerstandes breit diskutiert. Ein Organisationsnetz, zu Teilen im Untergrund, wird - sofern

es nicht schon vorhanden ist - aufgebaut. Demokratische Entscheidungsfindung ist das Prinzip.

Volkvertreter werden im Untergrund verborgen oder im neutralen Ausland in Sicherheit gebracht. Eine Fluchtorganisation sorgt sich um verfolgte und bedrohte Personen.

Der Gegner wird im klassischen Fall einer Okkupation versäht. Nutzen aus der Wirtschaft des besetzten Landes zu ziehen. Nutzen wird ihm konsequent wehrt, indem man an den alternativen Arbeitsweisen festhält.

Die wirtschaftliche Nichtzu-



Der Protest selbst kann noch keinesfalls zum Abzug der fremden Truppen führen, erzeugt er doch nur jenen Druck auf den Gegner, den er bereits miteinkalkuliert hat. Er verspricht sich den Verlust internationaler Reputation durch längerfristigen Nutzen wettzumachen.

Die sozialen Verteidiger beziehen in den ersten Wochen Position, isolieren Kollaborateure und bewaffnete Widerständler und bauen eine Kommunikationsstruktur auf. Der geduldige Kampf der Nichtzusammenarbeit steht bevor.

Im sozialen Angriff entspricht die Protestphase jenem ersten Schritt, mit dem eine Initiative von Bürgern z.B. beginnt, Leserbriefe zu schreiben und Unterschriften zu sammeln.

Zweite Phase - Nichtzusammenarbeit

Die Nichtzusammenarbeit hat zwei Gesichter: das wirtschaftliche und das des zivilen Alltagslebens.

Die Nichtzusammenarbeit hat das Ziel, die Kosten des Gegners höher zu schrauben, als der Nutzen ist, den er aus der Besetzung hat. Die Methode ist einfach: Arbeiter, Angestellte, Beamte und Bauern verbleiben auf ihren Arbeitsplätzen und handeln wie gewohnt, d.h. so wie es die gültige Verfassung und wie es die eigenen Produktionspläne vorsehen.

Aus diesem Grund haben viele Betriebe eine bedeutende Funktion. Ohne sie ist die Identifikation der Arbeit kaum gegeben.

Die Rechnung der Verteidiger ist einfach: die Gehorsamsverweigerung zwingt den Besatzer zum Großteil auf eigene Personals. Will er seine Produktionsziele durchsetzen, er seine Truppen dezentralisieren. Der Gegner schickt seine Soldaten ins Niemandsland des gewaltarmen Widerstands. Der subversive Widerstand findet unzählige neue Angriffspunkte. Der Gegner gefährdet die Gesamtsamstreuung seiner Gefolgschaft.

Hält der Gegner an seinen Ausbeutungszielen fest, bringt ihn exemplarischer Terror dem Ziel nicht näher. Schon rein numerisch ist es kaum möglich, hinter jeden Werktätigen einen Wachposten zu stellen. Der Angreifer wird gezwungen, das Fachpersonal auszutauschen. Zu diesem Zweck muß er praktisch für jeden Facharbeiter einen entsprechend geschulten Ersatzmann bereitstellen. Die Zahl der Kollaborateure wird dazu keineswegs ausreichen. Der Gegner muß also zusätzlich zum militärischen Potential eine große Anzahl von zivilen Fachkräften aus dem Ursprungsland einführen. Das erhöht seine Kosten ganz immens!

Walten die Verteidiger die Nichtzusammenarbeit konsequent durch, übersteigen die Kosten für Dezentralisierung und Ersatzfachkräfte sehr wahrscheinlich den Nutzen, den der Gegner sich aus der Besatzung erwartet hat. Das Ziel der Okkupation würde verfehlt, die Heimkehr rückt in den Bereich des Möglichen.

Dort aber, wo es dem Gegner punktuell gelingt, die Produktion in seine Hände zu bekommen, wird der Widerstand zu subversiven Methoden übergehen: Sabotage, Verzögerung, Materialverschleiß, Blaupausen, Krankfeiern - alle jene Methoden, die die Arbeiterbewegung seit jeher gegen den mörderischen Takt der Maschine erfolgreich zur Anwendung bringt. Es sind Methoden, die hinter der Oberfläche der politischen Diskussionen wirksamere Kreise zogen, als diese je vermochten.

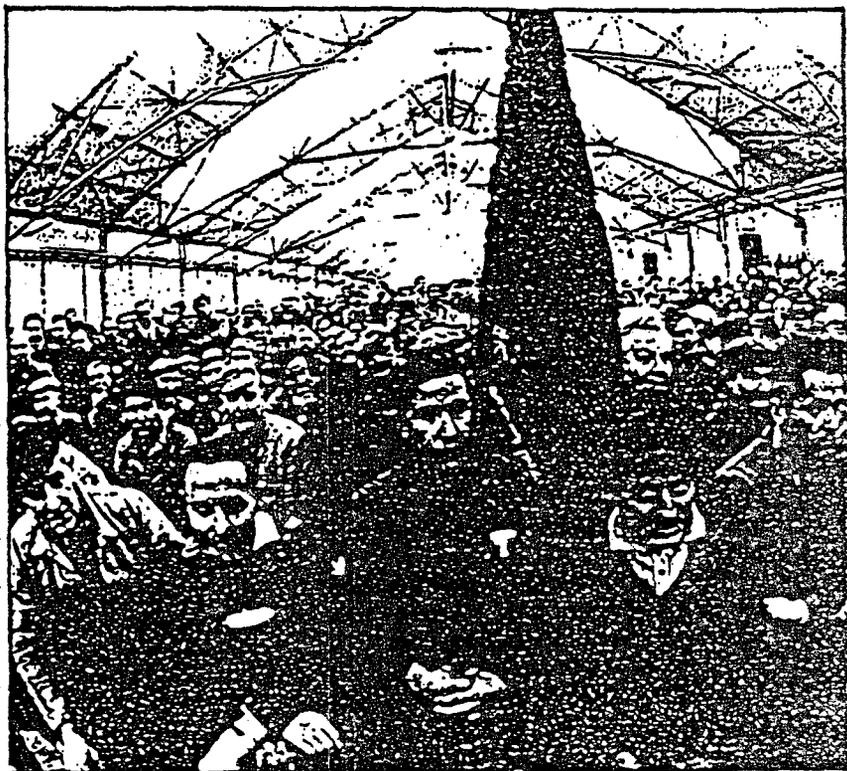
Die Methode der wirtschaftlichen Nichtzusammenarbeit ist genau genommen das Gegenteil von Streik, welcher in der ersten Phase noch eine gewisse solidarische Funktion hatte.

Das zweite Gesicht der Nichtzusammenarbeit: der Zivile Ungehorsam. In der Freizeit, im öffentlichen Verkehr, im Privatleben werden die vom Gegner verhängten Ausnahmezustände massenweise ignoriert. Man hält sich an die bestehenden Gesetze und verteidigt ihre Gültigkeit. Das bedeutet Rückzug aus kollaborierenden Institutionen, Nichtteilnahme an bestimmten sozialen und politischen Ereignissen, wirtschaftlichen Boykott durch Käuferstreik, Händlerboykott, Steuerverweigerung, Verweigerung von Gehorsam gegenüber bestimmten Behörden, usw.

Verhängt der Gegner z.B. ein Ausgangsverbot oder eine nächtliche

Ausgangssperre, so werden die sozialen Verteidiger - falls Aussicht auf breite Gefolgschaft besteht - diese Verbote ignorieren. Ziviler Ungehorsam ist die bewußte Übertretung ungerechter Gesetze - eine der

fest durch die Aktionen kleiner schlossener Gruppen abgelöst wird. Sie sind in einer Widerstandsstruktur netzartig miteinander verbunden und koordinieren ihre Handlungen



ältesten und erprobtesten Formen gewaltarmen Widerstands.

Ob für Ungehorsam vorgesehene Strafen demonstrativ angenommen werden, um den Ernst der eigenen Haltung noch zu unterstreichen, oder ob man sich der Bestrafung entzieht, das hängt von der Analyse der Situation ab. Für beide Reaktionen kennt die Geschichte der Gewaltarmut Beispiele. Die Entscheidung liegt bei jeder einzelnen, sich zur Aktion bekennenden Gruppe.

Zusammenfassung: Die wirtschaftliche Nichtzusammenarbeit zielt auf die Kosten-Nutzen-Rechnung des Gegners ab. Sie hat praktischen machtpolitischen Wert.

Der Zivile Ungehorsam führt die Aufgaben des Protestes fort, indem er Öffentlichkeit schafft und auf die Unrechtssituationen hinweist. Er begleitet die wirtschaftliche Nichtzusammenarbeit im Alltag und wird darum vorwiegend von Gruppen der Bevölkerung getragen, deren Widerstand auch über Monate der Existenz des Landes keinen Schaden zufügt: das sind die Sektoren des Sports, der Schule und Universität und der Kirche. Sie führen den Protest in neuer Qualität fort. Neue Qualität meint, daß der Massenpro-

Nichtzusammenarbeit heute - Beispiel:

Bekanntlich versucht der österreichische Staat seine Wehrdienstverweigerer für den Einsatz außerordentlichen Zivildienst Sachen Zivilschutz und Hilfsdienst zu schulen. Die Friedensbewegung und die Selbstorganisation der Wehrdienstverweigerer protestiert gegen diese Einbindung in die militärisch dominierte Umfassende Landesverteidigung. Aus der Phase des Protestes ist der Widerstand inzwischen in die Phase der Nichtzusammenarbeit getreten. Die pazifistischen Organisationen verweigern eine Zusammenarbeit mit dem Innenministerium im sogenannten Grundlehrgang und versuchen Gegenveranstaltungen anzubieten.

Dritte Phase: Öffentliche Konfrontation

Während sich in der ersten Phase der Widerstand konsolidiert und der zweiten seine taktischen Ideen entfaltet, um dem Gegner sein Kriegsspiel zu verweigern, geht der dritten Phase der Widerstand zur Gegenoffensive über.

Nun wartet man nicht mehr die Maßnahmen des Gegners ab, sondern sucht die Konfrontation durch gegenoffensive, direkte Aktionen.

Schon die Nichtzusammenarbeit konnte nur beginnen, weil ihr breiter Protest vorausging. Die öffentliche Konfrontation ist nur sinnvoll, wenn die Nichtzusammenarbeit von Erfolg war und sich die Verteidiger ihrer sozialen Methoden sicher sind. Die Geschlossenheit ihres Lagers muß der des Gegners überlegen sein.

Scheitert die Nichtzusammenarbeit, kehrt der Widerstand zum allgemeinen Protest zurück; scheitert die Gegenoffensive, kehrt die Nichtzusammenarbeit wieder.

Was versteht man unter öffentlicher Konfrontation? Auf der Ebene der gewaltarmen Aktion (einer Bürgerinitiative) ist das leicht zu beantworten: eine Gruppe verschafft sich unter Einsatz ihrer Körper mittels einer wohl vorbereiteten Aktion Öffentlichkeit, die sie sonst nicht bekommt. Sie versucht den Gegner durch Mittel, welche seine Person nicht verletzen oder gefährden, unter massiven Druck zu setzen.

Die öffentliche Konfrontation als dritte Etappe der Sozialen Verteidigung sieht ähnliches vor:

- Ziviler Ungehorsam wird nun von größeren Schichten getragen

- symbolisch bedeutsame Orte wie öffentliche Plätze, Verwaltungsgebäude, Verkehrswege usw. werden blockiert oder besetzt

wirtschaftliche Nichtzusammenarbeit erweitert sich um die Methode des umgekehrten Streiks, d.h. verbotene Arbeiten werden durchgeführt

- der subversive Dialog wird intensiviert

- der Generalstreik als Höhepunkt der Gegenoffensive; seine Anwendung muß sorgfältig erwogen sein, da er den Verteidiger auch schädigen kann.

Parallel zu diesen Kampfmitteln bietet die Leitung des Widerstands dem Gegner offiziell Verhandlungen an, deren erste Bedingung der Rückzug aus dem besetzten Land ist. Weitere Forderungen: Wiedergutmachung, Freiheit für alle politischen Gefangenen, Abschluß internationaler Verträge.

Die dritte Phase der Verteidigung ist ein gewaltarmer Aufstand, bei dem der Verteidiger deutlich

seine moralische und methodische Überlegenheit und seine Durchhaltekraft zeigt. Die Verteidigung strebt in den Rückzugsverhandlungen keine Demütigung des Gegners an. Er soll sein Gesicht wahren können. Man will ja einen Sieg erringen, an dem der Gegner teilhat, einen Sieg, der mit Freund und Feind ein Ende macht.

Die Gegenoffensive setzt nicht nur eine gewisse Stärke der Verteidigung voraus, sondern auch funktionierende Kommunikationsstrukturen und eine Volksvertretung im Untergrund.

Zur öffentlichen Konfrontation gehört, daß einzelne Einrichtungen, die am Beginn der Verteidigung in den Untergrund ausweichen mußten, wieder und demonstrativ öffentlich gemacht werden, gewiß nicht alle. Immer noch kann die Soziale Verteidigung scheitern. In dem Fall würde Nichtzusammenarbeit und Untergrundtätigkeit wiederkehren.

Entscheidungsstrukturen (Volksversammlung des Widerstandes) und Teile des Nachrichtenwesens wird man versuchen, wieder öffentlich zu machen. Ähnlich dem umgekehrten Streik stellt das eine Erweiterung der Nichtzusammenarbeit dar. Es demonstriert die herübergeretteten Freiheiten und normalisiert zu-



gleich den Alltag. Das ist von Bedeutung, weil man sich den Rückzug eines militärischen Gegners keinesfalls so vorstellen sollte wie manche Revolutionäre die Revolution: als Tag X, von dem ab alles anders ist.

Für die beiden ersten Etappen liefert die Geschichte genügend Beispiele, die trotz ihres spontanen, nichtvorbereiteten Charakters erfolgreich waren. Der utopische Kern des Modells liegt in der Gegenoffensive. Einige Anhaltspunkte gibt der Ruhrkampf 1923.

Wie alle theoretischen Überlegungen geht auch dieses Modell vom

Idealfall aus. Das ist sein A

Warum diese Ideen keine lierten, wissenschaftlichen A mulierungen enthalten, hat mit dem Glauben an ihre Praxbarkeit zu tun. Der tiefere ist vielmehr, das die Kriegerios der Sozialen Verteidiger demokratischen Willens im praktischen Widerstand unfein sein müssen. Planspiele an den Tisch kann man weitgehende Militärs überlassen.

Zum anderen verlangt Gewa Strukturen, die heute nicht sind. Man denke nur an die schnittene Frage der betrieblichen Selbstbestimmung, die heute nem gewerkschaftlichen Wass in ihr Gegenteil verkehrt wi

Im Grunde geht es nicht um das Wissen über diese B Protest, Nichtzusammenarbeit öffentliche Konfrontation. Einziale Verteidigung ist denkbar wahrscheinlich, ohne daß verungspolitische Massenide Verbreitung finden. Ja, die digung einer Region mit gewa Mitteln ist wohl möglich, oh der Begriff der Sozialen Ve gung dort fällt. Ruhrkampf u derstand in der CSSR 1968 unter der Bezeichnung „Passiv sistenz“.

Dieses Modell ergibt sic Schlußfolgerungen aus den f schen Erfahrungen und der schiedlichen Wirkungsweise g armer Methoden. Über 120 A formen hat Gene Sharp auf Jede Unrechtssituation kar wirksamen oder unwirksamen richtigen oder falschen A beantwortet werden. Gewaltarm nötig strategisches Denken Drei-Phasen-Modell erlaubt grobe Zuordnung. Die histor Konfliktfälle haben auch Fehl Augen geführt, die es in Zuk vermeiden gilt.

Letztendlich empfiehlt d sunde Menschenverstand die scheidungen. Überall, wo basi kralische Initiativen gegen punktuell Problem vorgehen, den sie ihre Schritte ausweis die Aktivisten zugleich pol Lernschritte vollziehen, die Modell folgen: Protest - Ni sammenarbeit - öffentliche K tation. Das Zwingende der ge men Kampfmittel ist ihre Ve rung im demokratischen Bew. Diese Werkzeuge sind das Er bürgerlich-demokratischen tion.

Wolfgang Koch

BEZUGSGRUPPEN

Wolfgang Koch, der Autor der Broschüre "Soziale Verteidigung - zur basisdemokratischen Konzeption" hat sich mit einigen Spezialproblemen der Sozialen Verteidigung beschäftigt. Das Thema Bezugsgruppe ist der sechste Teil einer achteiligen Serie.

Die Idee, zur Durchführung gewaltfreier Aktionen kleine Gruppen zu bilden, ist von besonderer Bedeutung, weil sie nicht auf einem Schreibtisch entworfen wurde, sondern direkt aus der Praxis stammt. Während man sich in Bürgerinitiativen zusammenschließt, um zu protestieren, tut man es in Bezugsgruppen, um gemeinsam Widerstand zu leisten. In der Anti-AKW-Bewegung in den USA ist das Modell der Bezugsgruppen inzwischen soweit entwickelt, daß kaum noch eine Aktion vor allem, wenn es sich um eine direkte gewaltfreie Aktion mit zivilem Ungehorsam handelt, ohne die Anwendung dieses Modells durchgeführt wird.

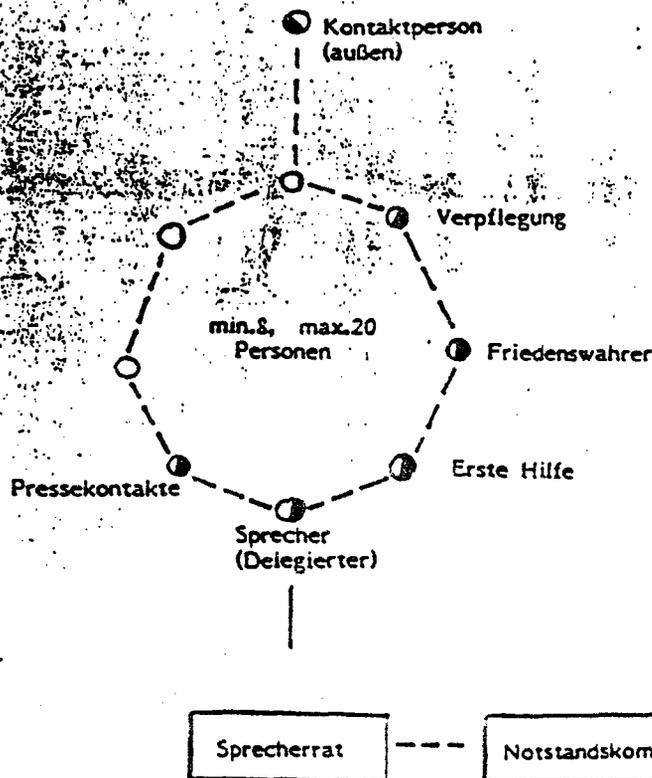
Neben dem Besuch eines Vorbereitungstrainings ist der Zusammenschluß der Teilnehmer zu Bezugsgruppen das zweite wichtige Kriterium für die Teilnahme an einer gewaltfreien Aktion. Einzelne soll bei einer vorbereiteten Aktion niemand mitmachen können.

Eine Bezugsgruppe ist eine Gruppe von Leuten, die sich kennen, die sich u.a. gemeinsam auf Konfliktsituationen vorbereitet haben, sich gegenseitig ermutigen können, während der gesamten Aktion zusammenbleiben und sich selbständig verhalten. Diese Gruppe organisiert ihre Versorgung (Proviant, Unterkunft, Sanität) selbst.

Durch die Bezugsgruppenfindung, also das gegenseitige Kennenlernen und das Schaffen eines Vertrauensklimas, soll es möglich werden, die Anonymität vieler Besprechungen aufzuheben und sich in Angstsituationen gegenseitig zu unterstützen. Jeder soll aus der Nähe ihm bekannter Menschen Kraft schöpfen können. Dazu gehört es, Erwartungen und Gefühle darzustellen, genauso wie über das Aktionsvorhaben inhaltlich geredet werden muß.

Struktur und Funktion der Bezugsgruppe

Jede Bezugsgruppe umfaßt mindestens acht, höchstens aber zwanzig Personen. Jede Gruppe versorgt sich für die Dauer ihrer Tätigkeit selbst mit Verpflegung. In der Regel wird sie, einschließlich den Wasservorräten, als Gemeinschaftsverpflegung organisiert.



Sechs Personen sind der Gruppe gegenüber für spezielle Aufgaben verantwortlich. Eine Person für die Verpflegung, eine für Erste Hilfe, eine Person für Pressekontakte und eine als Friedenswahrer. Der Friedenswahrer ist ein Ordner nach innen und außen zugleich: falls Provokateure auftauchen, soll er eingreifen; falls es bei langandauernden Streßsituationen innerhalb der Gruppe zu Auseinandersetzungen kommt, soll er sie schlichten.

www.parlament.gv.at

Eine Person, die das Vertrauen der ganzen Gruppe hat, wird zum Sprecher der Gruppe gemacht und im Fall größerer Aktionen in den Sprecherrat gesandt. Eine weitere Person nimmt nicht direkt an der Auseinandersetzung teil, sondern hält die Kontakte zwischen Aktionsgruppe und "Außenwelt" aufrecht. Aufgaben der Kontaktperson sind etwa: Nahrungsmittelversorgung, Kontakte zu Angehörigen halten, Autos abstellen, Kontakt zum Rechtsanwalt herstellen, Geld sammeln.

Konsensverfahren

Während der Aktion ist die Bezugsgruppe ein Instrument zur Absicherung der Teilnehmer. Allgemein ist sie die unterste Ebene der basisdemokratischen Entscheidungsfindung. D.h. die Bezugsgruppe ist mehr als nur eine entbürokrati-

sierte Vereinsform, sie ist die soziale Zelle jeder Bewegung.

Die Entscheidungsfindung verläuft nach dem Konsensverfahren. Es werden nicht Mehrheiten gesucht. Die sich in einer Abstimmung durchsetzen, sondern Lösungen, die für alle tragbar sind. Das Ziel ist die Einheit, nicht aber die Einstimmigkeit.

Im Verlauf der Diskussionen er-

klärt sich jeder mit einer bestimmten Vorgangsweise einverstanden, falls ihr/ihm das möglich ist, ohne das Gefühl zu haben, übergangen worden zu sein. Mehrere Varianten müssen gesucht werden, und doch wird die tragbare Lösung nicht immer die optimale Lösung für jede/n sein.

Der Konsens kann von einzelnen blockiert werden, was einem Veto gleichkommt. Blockieren soll man nur, wenn starke moralische Gründe vorliegen. Eine andere Möglichkeit ist es, zu sagen, man werde sich lediglich nicht beteiligen, die Gruppe aber auch nicht hindern oder ihr ein schlechtes Gewissen machen.

Die zwei Grundlagen des Konsensverfahrens sind:

1. Die gegenseitige Achtung und Rücksichtnahme auf Gefühle, Bedürfnisse und Ängste der anderen. Es genügt nicht nur eine Übereinstimmung von politischen und weltanschaulichen Fragen, denn in der Situation gemeinsamer Belastung und Gefahr ist es sehr wichtig, daß man einander soweit vertrauen kann, daß man die gegenseitigen Grenzen, Schwächen und Stärken kennt.

2. Die (basisdemokratische) Vorstellung, daß es wichtig ist, daß tatsächlich alle Gruppenmitglieder mitarbeiten und mitentscheiden. Man muß darüber reden dürfen, daß man Angst hat; auch über die Angst, von anderen, erfahrenen Hasen belächelt zu werden. Auch wenn sich Ängste als politische Argumentation verkleiden, muß man sie erst einmal zulassen und erkennen, damit sie notwendig gemacht werden. Bezugsgruppen sind nicht dazu da, politisches Aktionieren zu entlarven und zu verbieten. Hinter den unterschiedlichen Argumentationen stehen tatsächlich oft subjektive Verarbeitungen. Offen über Angst statt über Politik zu reden, ist immer erst das Ergebnis eines längeren Diskussionsprozesses, das Ergebnis vertrauensvoller Gruppenarbeit.

Da niemand ausgegliedert wird, weil jeder für die getroffene Entscheidung mitverantwortlich ist, muß die Entscheidung jeder bewußt getroffen haben. Wird kein Konsens gefunden, muß nach einem anderen Lösungsvorschlag gesucht werden. Dieses Verfahren führt oft zu langen Diskussionen.

Zumindest im Aktionsverlauf sind in der Diskussion zeitliche Schranken gesetzt. Darum ist es nicht unklug, das Treffen von raschen Entscheidungen vorher zu üben, das Ziel der

Übungen ist es, wenigstens die denkbaren Lösungen für die verschiedenen Situationen auszusprechen. Grundsatzfragen können während einer gewaltfreien Aktion nicht mehr erörtert werden.

Fünf Arbeitsschritte

1. **Aktionsziel:** Zur Verantwortung der Organisatoren gehört es, klar, unmißverständlich und öffentlich bekanntzugeben, was genau das Ziel der Aktion ist, mit welchen Mitteln welche Wirkung verfolgt wird und welchen Erfolg man sich verspricht.

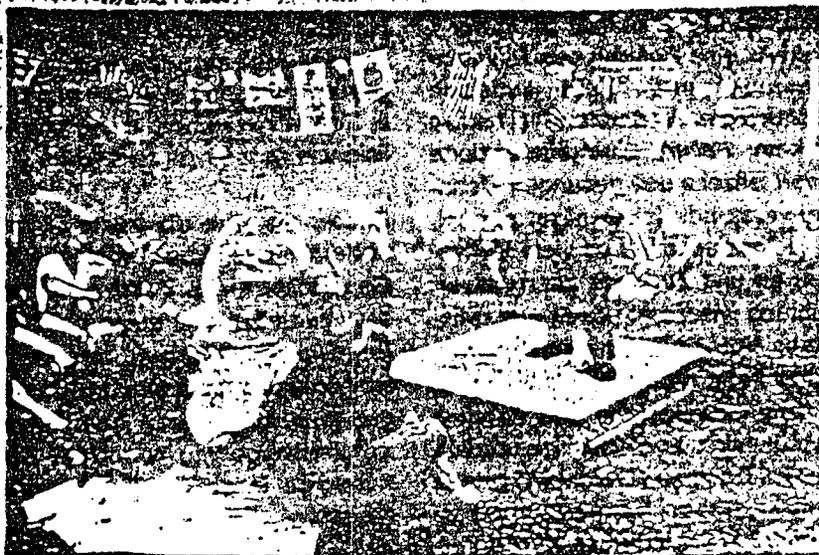
2. **Teilnahmebedingungen:** Festgelegt wird, wo und wann sich Teilnehmer anzumelden haben und ob, wo und wann an einem Vorbereitungstraining teilgenommen werden muß. Bei der Anmeldung werden Name, Adresse sowie Telefonnummern von Verwandten notiert. Festgelegt werden weiters allgemeine Verhaltensregeln, z.B.: keine Hunde oder andere Tiere mitbringen; kein Alkohol und keine Drogen; keine Beschädigung von Eigentum; kein Versuch, Polizeisperren zu durchbrechen; zusammenbleiben nach Einbruch der Dunkelheit; hinsetzen bei Konfron-

tionen müssen erarbeitet werden, auch in Rollenspielen. Zu diesen Vorbereitungen gehören weiters die Bereitstellung von Ordnern in ausreichender Zahl, falls sie als nötig erachtet werden, die Einweihung der Behörden, die auch nur eine sachliche Anmeldung sein kann, und die Vorsorge dafür, daß alle Teilnehmer über die möglichen gesundheitlichen und strafrechtlichen Folgen informiert sind. Ist die Entscheidungsfindung geübt und sind die Entscheidungsträger für Notsituationen bestimmt, dürfen diese davon ausgehen, daß alle Mitglieder und Teilnehmer ihre Aufforderungen als verbindlich betrachten werden.

4. **Durchführung der Aktion:** Nach den in den drei ersten Schritten festgelegten Regeln.

5. **Auswertung:** In einer Nachbesprechung werden die Erfahrungen ausgetauscht und die Wirkung auf die gesteckten Ziele hin überprüft. Die Behandlung eventuell aus der Aktion entstandener Probleme - etwa strafrechtliche Verfolgungen - muß gemeinsam geregelt werden.

Sprecherrat



ation. Alle Teilnehmer müssen den Teilnahmebedingungen zustimmen.

3. **Verlaufsplanung:** Die Planung des Aktionsverlaufs erfolgt durch alle Teilnehmer gemeinsam. Dazu gehört es, festzulegen, unter welchen Bedingungen die Aktion eventuell abgebrochen wird und auf welche Weise das alle sicher erfahren. Verschiedene Konfrontationsmöglich-

Das wichtigste Arbeitsfeld gewaltfreier Gruppen ist zunächst einmal die Tätigkeit im Bereich Ökologie und Frieden an ihrem Wohnort. Als in Bezugsgruppen organisierte Kleingruppen können sie sich zeitweilig zu gemeinsamen größeren Aktionen zusammenschließen. Oder umgekehrt: Im Rahmen größerer Veranstaltungen schließen sich Teilnehmer zu Bezugsgruppen zusammen.

In beiden Fällen müssen die Bezugsgruppen zu einer Koordination finden - dazu dient der Sprecherrat.

Die Sprecher der Bezugsgruppen bringen die Ergebnisse der Diskussion in den Sprecherrat ein. Hier kann ein Sprecher nicht nach eigenem Gutdünken agieren, sondern ist an das Votum der Gruppe gebunden. Die Sprecherfunktion kann auch prinzipiell rotieren.

Alle anstehenden Probleme werden zuerst in den Bezugsgruppen diskutiert. Lösungsvorschläge werden dann in den Sprecherrat getragen, gesammelt und beraten. Die Aufgabe des Sprecherrats ist es nicht, die offenen Probleme zu bewerten, sondern, nur, nach einer gemeinsamen Entscheidung zu suchen. Ergibt sich keine, werden die Ideen neuerlich in den Bezugsgruppen diskutiert. Die Sprecher müssen hierbei oft viele Male hin- und herpendeln. Im dem Wechselspiel zwischen Bezugsgruppen und Sprecherrat soll eine für alle tragfähige Entscheidung gefunden werden.

Erfahrungen mit dem Modell

Entwickelt und angewendet wurde das Bezugsgruppenmodell bei großen Aktionsveranstaltungen, die viel Vorbereitung erforderten: bei der Besetzung der Atomkraftwerksanlagen in Seabrook (USA), den Blockaden in Brokdorf und Ramstein 1981, der Besetzung des Bohrlochgeländes 110 in Göttingen 1979/80 und den internationalen Märschen für Entmilitarisierung in Europa.

Am 6. Internationalen Marsch (August 1981 in Holland) wurden im Laufe der ersten drei Tage über 70 Bezugsgruppen gebildet. Teilweise kannten sich die Teilnehmer bereits aus ihrem Heimatland, teilweise fanden sie sich erst zusammen. Während die Bezugsgruppen in einem Zeitlager eine ganze Palette von Aktionen vorbereiteten - Straßentheater, Menschenteppiche, Mahnwachen, Fastenaktionen, Besetzungen von Botschaften - schleppte sich die Diskussion im Sprecherrat derart mühsam dahin, daß man bald über die "Bla-Bla-Gruppe" zu lächeln begann. Der Sprecherrat war zu groß; schwer wurde eine gemeinsame "Konferenzsprache" und ein Übersetzungsmodus gefunden. Die Bezugsgruppen reagierten, indem sie erst die fertigen Aktionspläne dem Sprecherrat vorlegten. Der wiederum konnte jede Aktion nur separat unterstützen, also nur ideell.

Das Modell der Entscheidungsfindung wurde durch diese und ähnliche Erfahrungen zwar nicht widerlegt, zumindest aber für große Aktionen mit internationaler Beteiligung ein wenig relativiert. Klar wurde auch, daß wir nicht einfach gemeinsam miteinander arbeiten können, ohne zu bedenken, wie sehr wir im Normalleben auf genau gegenteiliges, nicht-solidarisches Verhalten trainiert worden sind: auf Konkurrenzverhalten und Durchsetzungswillen.

Große Sprecherräte sind nicht in der Lage, schnell Entscheidungen zu treffen. Aber gerade bei Platzbesetzungen, Demonstrationen an Bauzäunen, Kasernen oder Manövergeländen treten schnell hintereinander viele unterschiedliche Konflikte auf, die mit dem Sprecherrat allein nicht zu lösen sind.

Um diesen Mangel zu beheben, kann aus dem Sprecherrat ein Komitee von Entscheidungsträgern gewählt werden: 3 Personen - das Notstandskomitee. (Ein Beispiel ist die "Megaphongruppe", die 1981 am Bauplatz in Brokdorf gewählt wurde). Wichtig ist, daß diese 3 Leute das Vertrauen der Teilnehmer genießen, denn sie sind mit der Aufgabe betraut, in schwierigen Situationen Entscheidungen zu fällen, zu denen sich alle gemeinsam nicht entschließen können.

Wolfgang Koch ■



LEHMIT

Netzwerk

Die Gruppe Friedensdienst (ein Zivildienstprojekt, wo Karl Feibermair, Thomas Horsig und Pold Ginner einen Teil ihrer Zivildienstzeit für Friedensarbeit verwenden konnten) möchte ein nationales und internationales Kommunikationsnetz zum Aufbau einer überregionalen, dezentralen und koordinierten sozialen Verteidigung aufbauen.

Vorrangig geht es um die Erfassung der Interessenten, um ein Kennenlernen dieser zu ermöglichen. Andere Punkte wären: Individuelles Verständnis der sozialen Verteidigung, welche Interessen im Bezug auf Aufbau der SV, Art und Ausmaß

des Engagements, Erfahrungen auf diesem Gebiet, mögliche Strukturen und Finanzierung,.... Der Schwerpunkt des ersten Treffens liegt im gegenseitigen Kennenlernen.

Ansatzpunkte könnten auf internationaler Ebene die Installierung von einem Internationalen Alarmnetzes sein, dazu ist es auch wichtig, Kontakt zu den Weltregionen, zur dritten Welt usw. aufzubauen, um Krisensituationen besser einschätzen zu können.

Ansatzpunkte auf nationaler Ebene könnten sein: Kontakte zu, und Schulung von Bürgerinitiativen

im gewaltfreien Umgang mit ihren politischen Gegner; Trainings in gewaltfreier Aktion; Kontakte zu Politikern; Erkundung von praktischen Möglichkeiten gewaltfreien Widerstands; Zivildienst;...

Termin für das Treffen ist der 29. und 30. November 1985 (für Kinder wird gesorgt), der Ort wird noch bekanntgegeben. Weitere Informationen folgen.

Kontakt: Thomas Horsig, Mitterfeld 16d, 4150 Rohrbach / 07289-6183

hainburg
EIN BASISBUCH



HAINBURG - EIN BASISBUCH
276.485 anschläge gegen den stau

Wien 1985. ISBN 3-90035-94-9
160 Seiten, zahlreiche Abbildungen
zum Preis von öS 98.- (+Versandspesen)

Verlag für Gesellschaftskritik
Kaiserstraße 91/2/2a
A-1070 Wien

AUS DEM INHALT

- Apocalypse Au
- Hainburg und die Modernisierung
- Die Politik und das Leben
- "Au"genblick
- Ökologie versöhnt uns
- Global denken - lokal handeln
- Zur Logik der gewaltfreien Aktion
- Es muß doch alles einen Sinn haben
- He, warst du in der Au?
- Da habt ihr euch aber ein Ei gelegt!
- Hainburg war ein unbeschriebenes Blatt für mich
- Wien, 23.Jänner '85: Ein Brief
- Linke und Gewerkschafter gegen Hainburg
- Hainburg - oder wie es im kältesten Winter warm werden konnte
- Aus dem Grusical: My fat Fredi
- Zur Logik der Kettensägen
- Heimisch an unseren Stauseen
- Wenn graue Herren durch pompöse Hallen schreiten
- Was für mich zurückbleibt: Befriedigung und Unbehagen
- Es ist alles sehr kompliziert
- Chronologie einer Besetzung
- Erhältlich im gut sortierten Buchhandel oder direkt beim Verlag



25.-



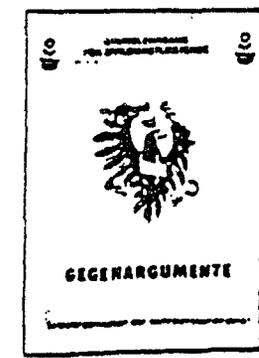
25.-



15.-



5.-



20.-

Diese Broschüren sind bei der Arge f. Zivildienst erhältlich 1010 Wien, Schotteng. 3a/1/4/59

ZUSAMMEN

Nummer 56

P.b.b. Verlagspostamt 1110 Wien

Mai 1995

EXPLOSIVITÄT



Clément Moreau/Carl Meffert Wien 1934

**Die Republik endete 1934
mit dem Austrofaschismus**

Ob es überhaupt irgendetwas bringt den Wirklichkeiten nachzustellen, den Plastikfetzen der Geschichte, die allenthalben in wahnsinnigem Rhythmus produziert werden? Bald ist man selber ganz ausgefüllt und angestopft mit diesem Lurch. Man steht mitdrin in der Lawine des Zeitgeschehens, in den Explosionen des Stumpfsinns, im Brei der täglichen Schweinereien. Mitten drin in der gigantischen Müllhalde, mit ständigem Brechreiz. Das ist doch kein menschlicher Zustand. Wir sind Besitzergriffene des Überdrusses, der Langeweile, der Gleichgültigkeit, der uneingestandenen und alles durchdringenden Feigheit. Wir sind durch und durch häuslich eingerichtet in der Betonohnmacht.

Wo noch menschliche Gefühle überleben, in den Fugen und Ritzen haben wir uns eingekrallt und schlürfen den Hoffnungstau vom bitteren Felsen.

Wo ist die souveräne Ruhe des aufrecht Gehenden, der nur auf den Takt seines Herzens hört. Wo ist der Kitzel der Gräser am Wegrand und das Rauschen der Blätter unter einem freien Himmel? Wo ist die Sonne die uns weiterträgt mit ihren kräftigen Strahlen auf dem Bogen des Lichts?

WICHTIGE TERMINE DES STADTTEILZENTRUMS:

„Zwischen Krieg und Republik“ war der Titel unserer letzten Veranstaltung. Wir danken allen, die den Ausbau unseres Zentrums unterstützen und bitten Euch auch weiterhin um aktive Hilfe und Mitarbeit. In Zeiten wie diesen sind unabhängige Freiräume wichtig. Zum träumen, querdenken und widerstehen!

**FORSICHT
VALSCHUNG**

Solokabarettprogramm von
**Jörg-Martin
WILLNAUER**

**FR. 19. MAI
19.30 UHR**

„INTEGRATIONSSP. ORT“

„Basketballfest & Freundschaftswettkampf“
auf der Fuchstöhrenwiese
(Rosa-Jochmann-Schule)
1110 Wien

**Life-Musik /Disko/DJ
Radio-Risiko/Kebab.**

SA. 27. Mai ab 14:00

„IN DER WELT ZUHAUS“

**Das traditionelle „Grätzelfest
FÜR DEMOKRATIE UND REPUBLIK**

Kinderanimation,
Musik aus aller Welt,



The Blues Punch
„Die Wiener Tschuschenkapelle“

SA. 17. Juni ab 14.00 Uhr

Schneidergasse 15, 1110 Wien
(U3 bis Schlachthausgasse, Linie 71 u. 72 bis Station Lilitzergasse)



Ich will eine Projektbeschreibung des Kellers (gratis)

Ich will Unterstützungsmitglied des Stadtteilzentrums werden

Ich will den Gedichtband „Wiener Trilogie“ von Willi Stelzhammer

Name:

Adresse:

INFORMATIONS

**IMPRESSUM, MEDIENINHABER,
EIGENTÜMER UND HERAUSGEBER:
ZUSAMMEN. EIGENDRUCK.
1110 WIEN, SCHNEIDERGASSE 15/5
TEL: 74 951 96 / FAX: 74 953 06**